

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Preisliste für 1885 unter Nr. 743.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß es Menschen giebt, die mit aller Fähigkeit an einer Phrase festhalten, die einmal in einer phrasenhaften Zeit für Wahrheit gehalten, deren Unhaltbarkeit aber längst bewiesen worden ist.

Als Herr Schulze aus Delitzsch vor länger als 20 Jahren zum „König im sozialen Reiche“ ausgerufen wurde, da wußten seine Freunde recht gut, daß bei all seinen „vollständigen Plänen“ lediglich der Arbeitgeber, der kleine Handwerker Nutzen haben konnte. Deshalb war auch die Begeisterung für Herrn Schulze in den Bürgerkreisen groß.

Die Lohnarbeiter wurden, wenn man von den Konsumvereinen absieht, von den Schulze'schen Plänen kaum berührt.

Schulze war inzwischen alt geworden, er merkte selbst nicht einmal in seiner übergroßen Eitelkeit, daß sein „Königreich“ einem raschen Ende entgegen gehe, da erweiterten zwei Schüler Schulze's, der inzwischen verschollene Herr Franz Dunder und Herr Max Hirsch die Bewegung. Sie suchten durch allerlei Rassenorganisationen die Lohnarbeiter zu beglücken und proklamirten die „Harmonie des Kapitals und der Arbeit.“

Das Prinzip der Hirsch-Dunder'schen Organisationen beruht auf dem Prinzip der freien Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

Zuerst ging die Sache ganz gut, nämlich so lange, als sie in den Gewerksvereinen befindlichen Arbeiter mit ihrem Wissen genug zu thun hatten und sich von Arbeitgebern nicht gefaselt ließen. Da war auch Herr Max Hirsch so ein kleiner Potentat im sozialen Reiche. Wenigstens polemisierte die liberale Presse, welche das Arbeitgeberthum vertritt, in allen Tonarten in die Welt hinaus.

Die Arbeiter in den Gewerksvereinen erwachten aber noch nach und stellten Forderungen über die Köpfe der Führer hinaus an die Arbeitgeber, sie wollten mit den kürzeren Arbeitszeit, höheren Lohn frei „vereinbaren.“

Aus diesen freien Vereinbarungen wurde nun gewöhnlich nichts und so entstand in der Gesellschaft der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit meist der soziale Krieg, Arbeitsausfluß oder Streik. Dieser soziale Krieg zieht seit Jahren durch die Hirsch-Dunder'sche Bewegung und überhaupt durch die Arbeiterbewegung Deutschlands hindurch; derselbe ist die Folge der freien Vereinbarung, in welcher der Arbeitgeber immer die erste Violine spielen soll.

Unsere Ansichten über die Streiks sind bekannt; wir stellen uns bei ausgebrochenen Streiks immer auf Seiten

der Arbeiter, aber wir bedauern fast jedesmal den Ausbruch eines Streiks. Er ist fast immer eine betrübende Erscheinung des erbitterten sozialen Krieges.

Diesen sozialen Krieg möchten wir durch die Gesetzgebung zu lindern, abzuschwächen suchen. Deshalb stellen wir uns entschieden auf die Seite der im Reichstage eingebrachten Anträge zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Uns ist es klar, daß dadurch — das heißt, wenn die Anträge realisiert werden — die Arbeitsausflüsse und besonders die Streiks auf ein Minimum reduziert werden. Besonders die gesetzliche Einführung eines Maximalarbeitsstages wird die Streiks wegen Verringerung der Arbeitszeit äußerst selten machen, die Einschränkung der Ueberproduktion einerseits und der Arbeitslosigkeit andererseits werden die Krisen gleichfalls seltener und gelinder auftreten lassen, der Lohn wird nicht so oft fallen und steigen, er wird vielmehr sich auf einer geregelter Höhe halten und die Streiks überflüssig machen. Dann wird man allerdings und mit einigem Recht von einer gewissen Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sprechen können. Diese Harmonie ist zwar dem jetzt allein herrschenden Kapital durch die Gesetzgebung aufgezwungen worden, aber sie ist dann doch vorhanden.

Was thut nun diesen gesetzgeberischen Vorschlägen gegenüber der Harmoniedoktor par excellence, Herr Max Hirsch?

Er bleibt auf dem Kriegsfuße; er steift sich auf die freie Vereinbarung, um einen zehnstündigen Maximalarbeitsstag zu erlangen.

Was ist die Folge davon? Haben die Arbeitgeber nichts zu thun, dann erlauben sie jetzt schon den Arbeitern die 6 stündige Arbeitszeit, ist die Krisis überwunden, so verbieten sie mit ihren Arbeitern, die in längerer Noth würde geworden sind, eine 12, an einzelnen Tagen vielleicht gar eine 15 stündige Arbeitszeit. Es dauert dann wieder nicht lange, so ist Ueberproduktion vorhanden und die 6 stündige Arbeitszeit kann wieder losgehen.

Möglich, daß ein oder der andere Arbeitgeber in solchem fortwährenden Schwanken einen wirtschaftlichen Unfug erblickt, möglich, daß er mit seinen Arbeitern einen 10 stündigen Arbeitsstag will — dann kommt aber die freie Konkurrenz herangehuscht und zerstört alle seine guten Vorsätze. Diese freie Konkurrenz, die Tochter der Habgier, ist eine Todfeindin der Arbeiter und ihr soll deshalb durch die Gesetzgebung, weil sie fortwährend den Frieden stört, ein Rappjaum angelegt werden.

Dr. Max Hirsch will sie aber weiter vollständig frei und zigellos herumlaufen lassen; er will die freie Vereinbarung bei Feststellung des Normalarbeitsstages weiter

walten lassen, wie das in der letzten Versammlung der Gewerksvereine in Berlin beschlossen worden ist.

Dr. Max Hirsch will also den sozialen Krieg weiter haben — er mag sich ja gut dabei stehen —, die Arbeiterpartei aber will den sozialen Frieden anbahnen durch die Gesetzgebung und zwar zum Wohle der Arbeiterklasse.

Politische Uebersicht.

Ist die öffentliche Sicherheit gefährdet? Diese Frage wird in ultra-reaktionären Organen mit besonderer Vorliebe ventiliert und im bejahenden Sinne beantwortet. Der Begriff „öffentliche Sicherheit“ ist aber sehr dehnbar, es würde zur richtigen Beantwortung dieser Frage notwendig sein, diesen Begriff etwas genauer zu definieren. Die Reaktionäre aller Richtungen finden freilich die öffentliche Sicherheit schon dann gefährdet, wenn in unabhängigen Zeitungen eine unverblümte Sprache geführt wird oder wenn ein Redner in einer Versammlung sich in einigen nicht gewählten Redewendungen ergeht. Eifrig werden einzelne Brocken aus einer Rede oder einzelne Sätze aus einem unabhängigen Blatte zusammengepickt und dem Spießbürger, in gleicher Weise wie dem Stier in der Arena das rote Tuch, hingehalten; und dieses Manöver verfehlt seinen Zweck nicht; der denkfaule Politiker stimmt kräftig mit ein in den Ruf nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen. — Es läßt sich nicht verlernen, daß in Bezug auf öffentliche Sprache und Schrift oft viel zu wünschen übrig bleibt, allein das ist erklärlich, wenn man in Betracht zieht, daß das Schulwesen heute noch viel zu wünschen übrig läßt; dasselbe hat zwar im allgemeinen Fortschritte gemacht, aber in Bezug auf Gesetzkennntnisse wird leider noch viel zu wenig in den Schulen gelehrt. — Darf man sich aber da wundern, wenn ein Arbeiter in einer Versammlung Worte gebraucht, die nach den heutigen heengenden Gesetzen das Erlaubte vielleicht um einige Atome überschreiten? Der Arbeiter spricht so wie es ihm ums Herz ist, er kennt die Anwendung der juristischen Kränze nicht, welche nöthig sind, um die Untiefen, die der gewandte Redner vermeidet, zu umschiffen. Und dasselbe läßt sich von einem den Arbeiterinteressen dienenden Blatte sagen. — Uebrigens sind Versammlungs- und Pressefreiheit — soweit überhaupt noch solche existiren — nicht dazu da, die heutigen Verhältnisse zu beweidrücken und Personenkultus zu treiben, denn das Geschäft wird von Leuten besorgt, die der Freiheit dazu nicht bedürfen — sondern um den Weibhauenebel zu zerstreuen und die nackte Wirklichkeit ans Tageslicht zu ziehen. Dies ist freilich den Reaktionären ein Grauel und daher das Geschrei. — Und erscheint es ebenfalls, als ob die Sorge für die Sicherheit ungenügend ist, aber wir meinen die Existenzsicherheit der großen Masse des Volkes. Die Existenzsicherheit kann, je stärker sie auftritt, im gewissen Sinne die öffentliche Sicherheit in Frage stellen und die Gemüther beunruhigen. Thatsächlich ist die öffentliche Sicherheit überall da am größten, wo die Existenzfrage noch nicht in äußerster Konsequenz auftritt. Will man also der öffentlichen Sicherheit

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dug.
(Fortsetzung.)

„Ja! Sie wissen es,“ rief sie, während es in ihren Gliedern konvulsivisch zuckte, indem sie gleichzeitig von ihrem Stuhl emporsprang und wild um sich blickte. „Ja, eine Mutter, welche man ihrer Kinder beraubt, wird zur Wölfin!“

Diese ganze Veränderung hatte nur wenige Momente gedauert. Dann sank sie wieder zurück in ihren Sessel; sie war wieder wie vorher: ruhig, schwach, bleich. Das Auge blickte nicht wild, das Jucken ihrer Muskeln war verschwunden. Es war ein momentanes Aufblühen gewesen, das sogleich wieder verschwunden war.

Fritz war von allen Symptomen kein einziges entgangen.

Dr. Gesserson hatte das Alles eben so gut bemerkt, wie er; indessen er war trotz seiner Erfahrung nicht ein so scharfer Beobachter.

„Dr. Forster“, sagte er, „wenn Sie die Anstalt verlassen, nehmen Sie meinen Rath: Hüten Sie sich vor nervösen Aufregungen, wie die augenblicklichen. Sie werden wohl fühlen, daß Sie nach solchen nervösen Erregungen viel schwächer sind, als vorher.“

„Ja, ja, ich fühle es!“ sagte sie, indem sie das bleiche Antlitz in die Hand stützte.

Es war, als ob ein Seelenschmerz, als ob Reue und Scham sie überkommen über die Unvorsichtigkeit, mit welcher sie verfahren hatte, was in ihrem Innern vorging.

„Ich werde mich bemühen, Ihrem Rathe zu folgen,“ flüsterte sie. „Ach, ich muß mich vor allen Aufregungen in Acht nehmen. Ich fühle, und Sie wissen es, Dr. Gesserson, wie schwach, wie krank ich zuweilen bin! Ach, so schwach, so krank, daß ich oft glaube sterben zu müssen! O, wäre ich todt!“

Sie bedeckte ihr Antlitz mit den Händen und schwie-

„Sie wollen wieder reisen?“ fragte Dr. Gesserson theilnehmend.

„Ja! Ich will einige Wochen verreisen; vielleicht daß mir das Reisen diesmal gut thut.“

„Ich will es hoffen,“ Dr. Forster, und wünsche Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie den Schmerz, der Sie quält, vergessen mögen, daß Sie nicht nöthig haben, späterhin meine Hilfe oder die der Anstalt in Anspruch zu nehmen. — Wann befehlen Sie abzureisen?“

„Noch diesen Abend,“ Dr. Gesserson!“

„Wollen Sie nicht wenigstens einige Tage verziehen?“ fragte der Chefarzt, „bis heiteres Wetter eingetreten ist?“

— Der Sturm jagt den Schnee über die Fluren, die Wege sind fast unpassierbar. Wenn Sie sich noch einige Tage gedulden, bis sich Wind und das Schneemetter gelegt haben, so werden Sie mit weniger Schwierigkeiten reisen, und die Reise wird mehr zu Ihrer Erholung dienen. Der Dezember pflegt uns ja recht viele heitere Tage zu bringen, namentlich, wenn erst heller Frost eingetreten ist.“

„Nein, nein; lassen Sie mich,“ widersprach sie energisch; ich will noch diesen Abend fort!“

„Man wird für einen Wagen sorgen,“ Dr. Forster; wenn Sie es durchaus wollen. Ich habe Ihnen meinen Rath erteilen wollen, und ich meine es gut mit Ihnen.“

„Davon bin ich überzeugt,“ Dr. Gesserson; aber ich muß fort. Ich darf keine Nacht in diesem Hause mehr bleiben; ich fühle es, und wenn ich noch eine Nacht hier bliebe, dann würde ich . . .“

Sie unterdrückte sich plötzlich, als wäre sie erschreckt über das, was ihr diese Nacht bevorstehen würde, wenn sie hier bliebe.

Gesserson wünschte ihr ein herzliches Lebewohl. Sie reichte ihm die Hand und dankte ihm von Herzen für die Freundlichkeit, mit der er sie in die Anstalt aufgenommen, und mit welcher er ihre körperlichen und geistigen Kräfte wieder hergestellt. Dann reichte sie auch Fritz die Hand, dankte ihm für seine warme Theilnahme und fügte hinzu:

„Eine Bitte habe ich an Sie, Dr. Rodenburg: ver-

lassen Sie Ely nicht, die liebe Ely, und bringen Sie ihr mein Lebewohl, mein herzlichstes Lebewohl.“

„Wollen Sie sich nicht selbst von ihr verabschieden, gnädige Frau?“ fragte Fritz. „Ich bin überzeugt, es wird Ely schmerzen, wenn Sie hört, daß Sie abgereist sind, ohne sich von ihr verabschiedet zu haben.“

„Ich darf es nicht, Herr Rodenburg! . . . Sagen Sie ihr mein Lebewohl; vielleicht ist es das letzte, was sie von mir hört.“

Sie winkte den Herren mit der Hand, und die beiden Ärzte entfernten sich. —

„Wissen Sie Herr Direktor,“ sagte Fritz, während Sie über den Gang schritten, daß mein Argwohn gegen den Geisteszustand dieser Frau sich heute noch erhöht hat?“

„Nun, glaublich!“ erwiderte Dr. Gesserson. „Hörten Sie nicht aus ihrem eigenen Munde, daß sie sich geistig und körperlich gekräftigt fühlt.“

„Eben das macht mich mißtrauisch . . . und dann diese entsetzliche Aufwallung, welche die zarte Frau in eine wahre Hyäne verwandelte.“

„Nichts als nervöse Aufregung . . . Sie hat Kummer gehabt, vielen Kummer. Sie war die Frau eines Mannes, der sie nicht verstand, der sie roh behandelte und mit seinem Mißtrauen qualte.“

„Ihr Kummer muß in dem Verlust eines Kindes wurzeln; so viel habe ich erlernet,“ versetzte Fritz, „denn jedes Mal, wenn auf das Muttergefühl die Rede kam, zeigte sich diese Aufwallung. Ich beobachtete dies schon zum zweiten Male.“

„Möglich, daß sie ein Kind verloren hat, und zwar durch einen Gewaltthat. Können Sie es der Mutter verargen, daß die Regungen des Mutterherzens sie in Aufwallung versetzen? Darf man das ohne Weiteres für Wahnsinn halten?“

„Nein, das darf man nicht . . . Aber diesen Ausdruck . . . ich vergesse ihn nie!“ versetzte Fritz bei seiner Ansicht verharrend. „Einen solchen Ausdruck habe ich schon früher einmal beobachtet . . . Das Gesicht war dort, wie bei ihr fast taubthierig verzerrt. — Der Kranke, bei

heit mehr Sorgfalt widmen, so suche man die Existenzfrage, welche die vornehmste und dringendste Frage der Gegenwart ist, zu lösen. — Für den Existenzlosen wird das Leben wertlos; und das ist schlimm. Und nicht etwa nur schlimm für den Betroffenen, sondern für die Gesellschaft überhaupt. Das Strafgesetzbuch lennt als höchste Strafe die Todesstrafe, ob diese aber abschreckend wirkt auf diejenigen, welche existenzlos sind und denen in Folge dessen das Leben gleichgültig wurde, das ist zweifelhaft. — Hier liegt die Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und es ist des Schweißes aller Edlen werth, mitzuwirken, daß diese immer größer werdende Gefahr eingeschränkt und beseitigt wird. Die Ausschließlichkeit auf ein Besserwerden und die hieraus resultierende Gleichgültigkeit gegen das eigene Leben hat sich leider breiter Schichten der Gesellschaft bereits in hohem Grade bemächtigt, und diese Gleichgültigkeit wird vergrößert, wenn man den Notleidenden die letzte Hoffnung, die Hoffnung, durch die Gesetzgebung ihre Lage verbessern zu können, nimmt. Gerade diese Hoffnung ist es, welche die gefährliche Gleichgültigkeit beseitigen hilft und dadurch die öffentliche Sicherheit beseitigt. Blind müssen diejenigen sein, welche dieses nicht einsehen, und in ihrem Wahn darauf hinwirken, daß auch diese Hoffnung zu Grabe getragen wird. Wir können uns denen nur anschließen, welche wirklich bestrebt sind, solche die öffentliche Sicherheit gefährdenden Zustände allmählich durch die Gesetzgebung beseitigen zu helfen.

Welche Steuerlast liegt in den Getreidezöllen? Die Einnahmen aus den Zöllen, welche von dem eingeführten Getreide erhoben werden, betragen jetzt jährlich ca. 20 Millionen Mark. Nur diese Summe fließt in die Reichskasse und kommt somit als Reichseinnahme allen Steuerzahlern wieder zu Gute. Die Einnahme aus der Preissteigerung des inländischen Getreides fällt den Getreideproduzenten zu, die über ihren eigenen Bedarf hinaus Getreide verkaufen. Der Gesamtbetrag der Belastung ist für die vorhandenen 26 1/2 Millionen Mark, welche unter allen Umständen ihren gesammten Getreidebedarf decken müssen, allein für Brod und Mehlspeisen auf 53 Millionen Mark zu veranschlagen, da die Statistik den Bedarf an Brodkorn für den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt auf 2 Doppelentner per Jahr berechnet hat. Dieselben 26 1/2 Millionen Mark haben durch Vertheuerung der Gerste beim Bier mindestens 4 Millionen Mark, und durch Vertheuerung des Hafers bei Fütterung der nicht in der Landwirtschaft benutzten Pferde mindestens 6 Millionen Mark beizukommen. Dazu kommt noch die indirekte Vertheuerung, welche durch die Getreidezölle wegen der vertheuerten Viehhaltung für Milch, Käse, Butter, Fleisch und Speck herbeigeführt wird, wenn sie sich auch nicht genau veranschlagen läßt. Dabei ist der Schaden, den die kleineren Landwirthe, die landwirthschaftlichen Tagelöhner, die Landwirthe, welche vorzugsweise Wiesenbau, Viehzucht, Obst- und Gemüsebau, Weinbau u. s. w. treiben, durch die künstliche Preissteigerung ihres Getreidebedarfs erleiden, noch gar nicht eingerechnet. Alles in Allem wird die in Folge der Einführung der Getreidezölle auf die Bevölkerung, und zwar vorzugsweise auf die Aermsten gewälzte Last mit 80 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt sein. Werden die bestehenden Getreidezölle verdoppelt oder verdreifacht, so wird selbstverständlich auch diese ungeheure Steuerlast für alle Getreidekonsumenten, deren Mehrzahl Handwerker und Industrie-Arbeiter sind, in gleichem Maße vervielfältigt.

Zur Warnung für Auswanderungslustige nach Südafrika bringt die „Kreuz-Zeitung“ an hervorragender Stelle folgendes: „Da seit dem Besuch des Präsidenten Paul Krüger (Transvaal-Republic) eine starke Neigung zur Auswanderung nach Südafrika sich gezeigt hat, so müssen wir, aus sicherer Quelle instruiert, unsere Landsleute dringend bitten, ihr Vorhaben bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Wir erhalten aus Südafrika die bestimmte Nachricht, daß Handel und Wandel daselbst so sehr darniederliegen, daß ein allgemeiner Staatsbankrott befürchtet wird. Wohlhabende Leute halten sich mühsam, minder begüterte verlieren alles und neue Einkommensquellen finden weder Stellen zur Arbeit, noch Gelegenheit, ihr täglich Brot zu verdienen. In Transvaal vornehmlich sind die alten Parteien wieder erwacht, und gegen den an sich wohlwollenden, aber von der Stimmung des Volksraths abhängigen Präsidenten P. Krüger bildet sich eine wachsende Opposition, welche die alte Burenwirthschaft wieder einführen und dazu alle Ausländer von ihren Ämtern entfernen möchte. Auch gegen die Deutschen ist die Stimmung zur Zeit ungünstig, weil man nicht, auch Transvaal werde unter die stramme Bismarck'sche Fucht gestellt werden. Nicht selten hört man den Ruf: „Lieber noch englisch als deutsch“. Deshalb ist für deutsche Auswanderer nach Transvaal jetzt keinerlei Aussicht, weshalb es für die nächsten Jahre.“

Ausweisung wider Ausweisung. Vor Kurzem wurde der italienische Berichterstatter Cirmeni aus Berlin sowie überhaupt aus dem preussischen Staatsgebiete ausgewiesen. Die Ausweisung erregte großes Aufsehen, sie wurde von Seiten der offiziellen Presse damit motivirt, daß Cirmeni die preussischen

Verhältnisse in den italienischen Blättern herabgewürdigt hätte. Nun kommt aus Italien die Nachricht, daß die italienische Regierung aus ähnlichen Gründen die Absicht hat, die deutschen Berichterstatter auszuweisen. — Der konservative Reichsbote bemerkt dazu: „Nach authentischen Mittheilungen, die uns bereits gestern aus Rom zugegangen sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß die italienische Regierung die Ausweisung verschiedener römischer Journalisten plant, welche nicht italienische Staatsbürger sind. Unter denselben befindet sich auch ein hervorragendes Mitglied der vatikanischen offiziellen Presse, das sich in einer besonderen Vertrauensstellung zu Leo XIII. befindet. Somet es sich um die vorerwähnte Persönlichkeit handelt, hat die Seitens der italienischen Regierung geplante Maßregel einen speziell politischen Charakter bezw. soll sie ihre Spitze direkt gegen Leo XIII. kehren. Unseren bisherigen Informationen zufolge hat man an maßgebender Stelle hierorts davon bereits Kenntniß erhalten und soll von dieser Maßregel nicht gerade angenehm berührt werden. Im Uebrigen dürfte die Mittheilung dieser Blätter, daß auch der Korrespondent der „Kreuz-Ztg.“, Herr Wangelssdorf, von einer solchen Maßregel bedroht sei, jeder thatsächlichen Begründung entbehren oder zum Mindesten auf Irrthum beruhen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erregt hierzu ebenfalls das Wort, sie schreibt: „Unter allen Umständen wird die italienische Regierung keinem einzigen deutschen Blatte Niederträchtigkeiten zum Vorwurf zu machen vermögen, wie „Diritto“ (Cirmeni war Korrespondent des „Diritto“) sie geleistet hat. Oder hat die „Vossische Zeitung“ in irgend einem deutschen Blatte gelesen, daß die italienische Regierung fremdländische, ihr unbecommene Generale durch Freudenmädchen habe vergiften lassen, wie das im „Diritto“ unverfälscht bezüglich des Generals Stobelen von der deutschen Regierung behauptet wurde? — Man sieht, der „Norddeutschen“ gefällt die eventuelle Ausweisung nicht. — Nun, und auch nicht wir sind gegen jede Ausweisung, eine solche wirkt auf den Staat, welcher sie anwendet, kein gutes Licht, sie zeugt von einer Schwäche des Staates, der ohne solche Maßregeln seinen Bestand gefährdet glaubt.“

Zur Kongofrage. Seit einigen Tagen war die Nachricht in Umlauf, daß die Portugiesen beide Ufer des unteren Kongo besetzt hätten. Die Nachricht figurirte gestern in englischen und französischen Blättern und wurde mit Bestimmtheit aufrecht erhalten, war aber inzwischen von der „N. G.“ demittirt worden. Nun tritt die Nachricht abermals in bestimmtester Form auf. Dem „Neuerlichen Bureau“, so wird aus London gemeldet, ist aus Loanda eine Nachricht vom 15. Januar d. J. zugegangen, der zufolge die Portugiesen die Mündung des Kongo besetzt und daselbst vier Kriegsschiffe stationirt haben. Die holländischen und andere Handelshäuser protestirten hiergegen. Die englischen Kriegsschiffe „Forward“ und „Rapid“ befanden sich zur Stelle. Was der Meldung jetzt einen ziemlich Grad der Wahrscheinlichkeit verleiht, ist der Umstand, daß der portugiesische Kolonialminister in der Sitzung der Deputirtenkammer am 4. d. M. auf eine an ihn gerichtete Frage über diese Angelegenheit erklärte, daß er sich ohne jede Information über den Gegenstand befände, daß aber der Gouverneur von Angola hinsichtlich ausgedehnte Instruktionen besitze, um den Rechten Portugals Achtung zu verschaffen.“

Die englische „Ball Mall Gazette“ wirft die Frage auf: „Was wird jetzt wegen des Kongo geschehen?“ und beantwortet sie wie folgt: „Sämmtliche Großmächte, darunter die Vereinigten Staaten, haben im Konklave ein großes afrikanisches Reich unter dem Namen „Der Kongostaat“ ausgerufen. Und jetzt hat das kleine Portugal, ohne nur zu sagen „Mit Eurer Erlaubniß“, eine Schlinge um den Hals des neuen Staates gelegt, und besteht auf dem Recht, ihn nach seinem eigenen souveränen Willen und Belieben erdroffeln zu dürfen. Die Beschlagnahme beider Ufer des unteren Kongo macht es zum Herrn des oberen Flusses. Wenn Deutschland und England nicht vorbereitet sind, mit Empfange „Hände weg“ zu sagen, dann dürfte die Konferenz eben so gut gar nicht zusammengetreten sein. Die Gelegenheit ist günstig zur Entsendung eines gemeinschaftlichen englisch-deutschen Geschwaders, um die Neutralität und den internationalen Charakter des unteren Kongo zu vindiciren. Es ist zu hoffen, daß Lord Granville einmal prompt und mit Entschlossenheit handeln wird.“

Frankreich. Der „Figaro“ veröffentlicht nachstehenden Brief über den miffliden Gesundheitszustand der Soldaten in Kelung und die schlechte Einrichtung der dortigen Ambulanzen: „Die letzte Post aus Formosa bringt uns traurige Nachrichten über die Lage der Ambulanzen des kleinen Korps, welches Kelung besetzt hält. Dieselben befinden sich in den jämmerlichsten Zuständen. Sie sind in etwa zwanzig chinesischen Hütten eingerichtet, welche von ihren Eigenthümern geräumt wurden. Unsere Soldaten sind des Nöthigsten beraubt, von Krankheiten und Entbehrungen decimirt. Etwa dreihundert Kranke liegen in den Hütten, und von diesen sind kaum hundert auf einer dünnen Matrage gebettet, die den Erdboden zur Unterlage hat. Den Uebrigen müssen ihre Felddecken oder ihr Mantel

reisen. Ich bin überzeugt, sie ist eine Wahnsinnige, wenigstens ist sie es jetzt. — Am Abend, als es bereits dunkelte, hielt am Sitterthor ein rings verschlossener Miethswagen. Der Kutscher war bis über den Kopf hinaus in Pelz gehüllt. Die Pferde standen frierend und waren mit Schnee bedeckt. Der Wind heulte um die Mauern von Bethesda in schauerlicher Mufel und jagte den Schnee in gewaltigen Floden vor sich her. Da kam über die Wege, welche von dem stattlichen Gebäude Bethesda's durch den Park führten, und welche man vom Schnee einigermaßen befreit hatte, eine dunkle Gestalt. Eine Dame in schwarzem Mantel, mit einem schwarzen Hute dicht verschleiert. An ihrer Seite Mrs. Dobberton, welche eine Reisetasche trug. Der Portier öffnete das Sitterthor und zog sich dann in die Ecke hinter dem Pfeiler zurück, um vor dem daher jagenden Schnee ein wenig geborgen zu sein. Auch der Dame jagte der Wind den Schnee ins Antlitz. Er brauste ihr entgegen, daß sie kaum vermochte, einen Fuß vor den andern zu setzen. Ihre Kleider flatterten hinter ihr; der Wind zerrte an dem Mantel und an dem Schleier, als ob er diese Hülle gewaltsam herabreißen wollte. „Welch' ein Wetter!“ sagte die Wärterin. „Mrs. Fortner, Sie sollten bei solchem Wetter nicht reisen.“ „Ich muß, ich muß!“ sagte leise seufzend die Frau, wie im Selbstgespräch. Mit Nähe nur erreichte sie den am Thor stehenden Wagen. Mrs. Dobberton öffnete den Schlag, und die schwarze Frau stieg ein. „Nach Inverness!“ flüsterte sie ihrer Begleiterin zu, welche diesen Befehl dem Kutscher mittheilte und zurück ging. Der Kutscher brummte etwas von Verrücktheit — eine Fahrt bei solchem Hundewetter — Menschen- und Thierquälerei. . . peitschte dann die Pferde, und der Wagen schlug die Richtung ein, in welcher die Landstraße ver-muthet werden konnte. Zu sehen war eine solche nicht, denn zu sehen war

als Lager dienen. Sie behielten ihre staubigen, abgetriebenen blauen Uniformen an und sahen einer langsamen Genesung oder dem Tode entgegen. Viele sind von der Dysenterie ergriffen, Viele vom Typhus, Andere von der Cholera; aber da man die Wahrheit nicht sagen darf, schließt man alle diese Krankheiten mit dem schön klingenden Namen: kaltes Fieber. In dem Friedhofe von Kelung sieht man schon über zweihundert kleine Grabbügel, von denen ein jeder durch ein aus zwei zusammengedundenen Bauernrösten gebildetes Kreuz bezeichnet wird. Mehr zu thun, reichen weder die Zeit noch die Mittel hin, ja nicht einmal ein Sorg für den Todten kann besorgt werden. Man trägt den Todten auf einer Bahre, in eine Decke gewickelt, hinaus, senkt ihn in die Grube, die zwei Mann des Geleites werfen einige Schaufeln voll Erde auf ihn, fällen die Grube, präsentiren das Gewehr und Alles ist vorüber.“ — Das klingt ganz anders als die Gloire-Nachrichten der offiziellen Organe! Die armen Soldaten sind zu bedauern, sie werden in diese ungesundeten Gegenden geschickt und können sich ihrem Schicksal nicht entziehen.

Großbritannien.

Ein amtliches Communiqué besagt, daß die Regierung den General Wolseley völlige Freiheit des Handelns giebt und ihm die Unterstützung, die er für sich selbst erachtet, sei es durch die Abfertigung von Truppen nach Suakin und Berber, sei es auf eine andere von ihm anzugehende Art gewährt werden solle. Das Communiqué geht hinaus, General Wolseley werde selbstverständlich alles Mögliche thun, um Gordon zu befreien, wenn er noch lebe. — Eine neuere Depesche des Generals Wolseley bestätigt die bereits bekannten Details über die Mission Wilsons und fügt hinzu, daß dem Regierungsgebäude in Khartum, welches zerstört zu sein schien, habe keine Fahne geweht; an Bord des Steamers seien ein Mann getödtet und fünf verwundet worden; aber das Schicksal Gordon's ließen sehr verschiedene Gerüchte im Umlauf. Einige sagten, er habe sich mit einigen Griechen in einer Kiste eingeschlossen. Der Fall Khartums habe die Schuldschuld veranlaßt, zum Mahdi überzugehen, beide Kaiser seien feindlich geworden. Ein Bote des Mahdi habe Wilson am 29. Januar eingeholt; der Mahdi habe ihn und die Begleitung in seiner Begleitung auffordern lassen, sich zu ergeben und Muhammadaner zu werden (!) sonst werde er sie vernichten. Man sage, Farag Pascha habe den Truppen des Mahdi die Thore Khartums vertheidiger Weise geöffnet. Von Khartum sei die Zufuhr von Proviand in Subat eingetroffen, die Streitkräfte der Aufständischen in Metammeh werden auf 3000 bis 3000 Mann geschätzt. General Wolseley sende Boten nach Nubien über das Schicksal Gordon's in Erfahrung zu bringen.

Unter den Polizeibehörden in Scotland-Yard und in der Polizeigefängniß in Clerkenwell herrschte gestern große Unruhe, da die Benachrichtigung eingegangen war, daß ein Versuch zur Befreiung der seitlichen Gefangenen gemacht worden dürfte. Eine große Anzahl von Polizisten wurde in Bereitschaft gehalten, und viele Geheimpolizisten patrouillirten nach Bowstreet führenden Straßen, weil man erwartete, daß der als Mithschuldiger Cunningham's am Dienstag gefangene Mann dem Polizeigericht in Bowstreet vorgeführt werden würde. Zu einer späten Stunde wurde jedoch das Verbot be-stellt.

Ägypten.

Ueber die Einzelheiten der Besetzung von Behal lautete, daß die Italiener die ägyptischen Truppen entlassen und auf einem italienischen Dampfer nach Raffo nach Italien An Bord des Dampfers wurden den Ägyptern die Waffen entzogen. Der italienische Befehlshaber übergab dem ägyptischen eine schriftliche Erklärung, durch welche der Empfang von dem ägyptischen Befehlshaber gegen die Besetzung gerichteten Protestes bestätigt wird. — Römische Zeitungen wollen wissen, daß Italien am Rothen Meere außer Ägypten und Kassua auch Nader und Gannla besetzen würde.

Kommunales.

In den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Central-Schlachthofes sind nach dem von dem städtischen Thierarzt eingehenden Bericht im Monat Januar 1890 geschlachtet worden: 8534 Rinder, 5818 Kühe, 11 639 Schweine und 25 325 Schafe, zusammen 51 396 Thiere. Von diesen sind als zur menschlichen Nahrung ungeeignet ausgewiesen und beanstandet worden: 11 Rinder, 1 Schaf, 1 Trichinose. Von den sinnigen Schweinen gehörten 120 einheimischen Landschlägen an, die übrigen 20 waren von Auslande eingeführt. Die trichinosen Schweine waren aus dem Lande eingeführt. An einzelnen Thieren und Organen beanstandet von Rindern 2276, von Kühen 3, von Schafen 616, von Schweinen 1120, zusammen 4015 Organe und einzelne Theile.

Die Schulzimmer und die Aborte der Schulanstalten sollen auf gemeinschaftliche Anweisung der Minister der

welchem ich diese Beobachtung gemacht, litt an periodischem Wahnsinn.“ „Das mag bei jenem Kranken der Fall gewesen sein,“ erwiderte der Chef-Arzt; aber hier findet dergleichen nicht statt.“ „Man könnte sich davon leicht überzeugen,“ sagte Fritz beharrlich. „Wodurch, Herr Robenburg?“ „Man müßte sie nicht reisen lassen. Ich glaube, daß gerade jetzt, wo sie erklärt gesund zu sein, ihre Krankheit erst anfängt; in der Zeit, wo sie erklärte krank zu sein, war sie vielleicht wirklich gesund. Jetzt ist sie's nach meiner Meinung nicht mehr.“ „Sie glauben, daß auch diese Frau an periodischem Wahnsinn leide?“ „Ich habe fast die Vermuthung, und man könnte sich davon überzeugen, ob sich meine Vermuthung bestätigt, wenn man sie am Reisen verhinderte.“ „Was sollte das nützen?“ „Vielleicht, daß ihre Krankheit schon in den nächsten Tagen zum Ausbruch kommt. . . Ja, sie selbst scheint zu fühlen, daß der Ausbruch der Krankheit schon in dieser Nacht bevorsteht, daher die Eile, mit welcher sie abreißt, trotz des schlimmen Wetters.“ Dr. Gesserion schüttelte mitleidig den Kopf. „D, Herr Robenburg, Sie verkennen vollständig den Zustand der Dame; es ist kein Grund vorhanden, periodischen Wahnsinn anzunehmen, und es ist noch weniger Grund vorhanden, daß der Wahnsinn noch diese Nacht zum Ausbruch kommt. Wir haben kein Recht, sie hier zurückhalten; wir müssen sie reisen lassen. Wenn sie wiederkommt, so mögen Sie ihre Beobachtungen fortsetzen, und Sie werden dann zu derselben Ueberzeugung kommen, welche ich hege, nämlich zu der, daß wir es lediglich mit einer Frau zu thun haben, welche vergeblich versucht, ihres Kummers ledig zu sein.“ Fritz mußte sich den Anordnungen des Chef-Arztes fügen. Er schwieg zwar, doch er dachte bei sich: „Wäre ich Chef-Arzt, ich ließe sie gerade jetzt nicht

bei diesem Wetter überhaupt nicht, und hätte man sehen können, so hätte man auf der weiten, überall gleich Schneedecke keine Spur vom Wege entdecken können. Bis auf die Ägen ging der Wagen im Schnee, die Pferde ihn kaum vorwärts bringen konnten. Der Sattel rüttelte an den Scheiden des Schlags, als ob er die Saffin des Wagens zum Opfer forderte. . . aber wie er draußen der Sturm unheimlich tobte — der Sturm in der Brust des unglücklichen Wesens, das sich in dem Schnee in die Ecke drückte und den Mantel dicht um das Gesicht zog, tobte noch heftiger. Da draußen graufige Winternacht — da drinnen Nacht des Wahnsinns! Hierunddreißigstes Kapitel. Ein Kanonenschuß veränderte im Hafen von Liverpool die Ankunft des indischen Postschiffes. Es war das was in dieser Saison erwartet wurde, denn im Dezember stellt sich bereits Treibeis in der Davisstraße ein, und die Schiffsahrt ruht ab. Aus diesem Grunde hatte das ankommende Schiff jeden, welcher Nachricht oder Besuch aus Indien erwartete ein ganz besonderes Interesse. Was mit diesem Schiffe nicht kam, das konnte vier Monate später eintreffen. Mit eisiger Spannung sahen daher alle Interessirten der Landung entgegen. Das majestätisch prächtige Dampfschiff „Kallatia“ in dem Hafen vor Anker. Eine halbe Stunde später beten die Bote die Passagiere; andererseits aber zahllose Bote ab, deren Insassen sich vom Dampfer die Nachrichten abholen wollten, deren Expedition sie abwarten mochten. Die Passagiere, welche gelandet wurden, sahen keineswegs glücklich und froh aus, die Küsten Englands erreicht zu haben; vielmehr sprach sich in ihren Zügen Gefühl der Unbehaglichkeit aus. Rein Wunder! Sie hatten das tropische Indien verlassen und so jählings aus glühender Sonne in die kalte

den 22. Angelegenheiten und des Innern zur Vermeidung der Uebertragung ansteckender Krankheiten... die betreffende Schule sich befindet, oder in seiner Nachbarschaft ansteckende Krankheiten ausbrechen.

Neue polizeiliche Anforderungen. Seitens der Feuerwehrgesellschaft wird, wie wir hören, die Vermehrung der Dampfspritzen bis auf 20 verlangt. Angesichts der vermehrten Anforderungen, welche das Polizei-Präsidium in Bezug auf die Feuerfähigkeit in der neuen Bauordnung stellt, wird diese enorme Mehrforderung ganz besonders eingehend erwoogen werden.

Lokales.

N. Verschwundener Restaurateur. Der Inhaber der Friedrich-Wilhelmstädtischen Bierhallen, Schiffbauerdamm 23, Herr N., ist, wie ein Berichterstatter schreibt, mit Hinterlassung ganz bedeutender Schulden plötzlich verschwunden.

N. Umgestürzter Omnibus. Die Passanten des Omnibusses Nr. 90, Linie Hallesches - Landsberger Thor, gerieten heute Mittag gegen 1 Uhr in der Nähe der Jerusalem Kirche dem Omnibus in nicht geringe Gefahr, daß einige Federn an dem Omnibus brachen und das Gefährt sich auf die Seite legte.

a. Verhafteter Einbrecher. In der Wohnung der Witwe Schmidt, Eisenbahnstraße, war am 23. v. Mts. ein Schmiedeliebstahl verübt und es waren dabei Geld und Goldschmuckgegenstände im Werthe von 80 Mark gestohlen worden. Der Dieb war mittelst Nachschlüssels in die verschlossene Wohnung während der Abwesenheit der Inwohner eingedrungen und hatte bei dem gewaltsamen Öffnen von Behältern ein derartiges Geräusch verursacht, daß eine Flurnachbarin aufmerksam gemacht wurde und nach der Schmidt'schen Wohnung sich begab.

und der gestern festgenommene H. wurde von jener Flurnachbarin als der Dieb erkannt. H. ist heute zur Untersuchungshaft gebracht worden.

Zu dem von uns gemeldeten Ueberfall eines Kutschers der Altendraueri Moabit auf dem Wege von Spandau nach Charlottenburg, in der Nähe von Havelhorst, welcher von drei Männern ausgeführt worden ist, erfahren wir noch, daß es bisher nicht gelungen ist, die beiden anderen Begleiter zu ermitteln und festzunehmen.

Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, noch zwei weitere Mitglieder der Friedrichsberger Gaunerbande Marlowa und Genossen zu ermitteln und zur Haft zu bringen, nämlich einen Handelsmann Struß und eine Frauensperson Namens Sirmonski, die sich seit der Verhaftung der Haupter der Bande in Neu-Ruppin aufhielten.

Der königlichen Staatsanwaltschaft beim Landgericht II. zu Berlin sind von einer Versicherungsgesellschaft 500 M. als Belohnung für die Ermittlung des oder der Urheber einer Reihe von Feuerbränden zur Verfügung gestellt worden, welche im Dezember v. J. beim Januar d. J. in dem Dorfe Ruhlsdorf (Kreis Nieder-Barnim) stattgefunden haben.

N. Eine aufregende Szene spielte sich am vorgestrigen Tage in der Nähe des Hadeschen Marktes ab. Ein etwa 5 jähriger Knabe befand sich ohne welche Aufsicht spielend auf dem Asphaltplaster, als plötzlich ein Pferdewagen die Stelle passierte.

N. Als anscheinend geisteskrank ist am gestrigen Tage ein am Grünen Weg wohnender Arbeiter B. in der Königl. Charité eingeliefert worden. Der Mann der schon seit einiger Zeit Spuren von Geistesgestörtheit zur Schau trug, gebenedete sich plötzlich derart, daß seine Festnahme im öffentlichen Interesse durch die Revierpolizei bewirkt werden mußte.

N. Groß-Feuer. Ein größerer Dachstuhlbrand, der für die vielen alten Bauwerkstätten im Centrum Berlins leicht die verhängnisvollsten Folgen hätte haben können, fand in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Köllnische Fischmarkt Nr. 2 statt. Passanten bemerkten in der 11. Stunde in einem nach den Königl. Mühlen zu belagerten Theil des Dachstuhles genannten Hauses einen hellen Feuerchein, der sich mit einer ganz erstaunlichen Schnelligkeit weiter verbreitete.

Im „Deutschen Theater“ finden die Aufführungen von „Fiesko“ in dieser Woche außer heute, noch am Dienstag Donnerstag und Sonntag statt.

Belle-Alliance-Theater. In dem Roser'schen Schwank „Der Salonkrieger“ wirken Frä. Neumann und die Herren Kautzner und Reizner vom Wallner-Theater in dieser Saison zum ersten Male als Gäste mit.

ri. Die bei manchen Arbeitgebern so sehr beliebte Mahregelung von solchen Arbeitern, welche sich an den Lohnbewegungen beteiligen, wird jetzt in Folge einer Entscheidung der 34. Abtheilung des königlichen Amtsgerichts I wohl nicht mehr so oft in Anwendung gebracht werden, wenn alle Arbeiterorganisationen derartige Fälle vor dem Richter zur Entscheidung bringen.

Die Bewohner des Rottbuser Damms und Umgebung wurden eine ganze Zeit lang durch Ausschreitungen aller Art fast täglich in ihrer Nachtruhe gestört, so daß dieser Zustand schließlich unerträglich wurde.

Die Fälschungen der Eintrittsbillets zum Birkus Neuz, über welche wir derzeit berichteten, gelangten gestern zur Kognition der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Der wiederholten Urkundenfälschung beschuldigt hatten drei noch jugendliche Personen, der 20 jährige Arbeiter Hugo Wittich, dessen Bruder, der 16 jährige Schriftsetzer Richard Wittich und der gleichaltrige Schriftsetzerlehrling Max Kade auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

benn an den Namen Rodenburg knüpfen sich ja keine stolzen Erinnerungen. Also nun zunächst von unseren Plänen und Ausichten. Gehen wir systematisch zu Werke und entwerfen einen Operationsplan. Bei unserer ersten Anwesenheit sind wir ziemlich thöricht zu Werke gegangen. Wir sind auf ein paar unbestimmte Andeutungen hin nach Bladfield gegangen.

verfehlt worden, und fanden in England einen eifigen Winter vor. Außer dem Gefühl der Unbehaglichkeit drückte sich auf dem Gesicht zweier Passagiere noch ein anderes aus, nämlich das einer gewissen Niebergelassenheit.

Der Andere, der jüngere von Beiden, schien sich leichter in die Lage zu schicken. Er nahm sofort neben dem Raminfeuer Platz, schürte die Kohlen und fing an, sich's bequem zu machen, indem er die Beine ausstreckte und sich behaglich auf einem Stuhl zurücklehnte.

„Bringen Sie uns vor allen Dingen ein Glas guten Punsch,“ befahl er dem Kellner, der noch an der Thür stand, um die Befehle der Herren in Empfang zu nehmen. „Ran muß, um sich in England zu akklimatisiren, vor allen Dingen nach diesem Präservativ greifen.“

„Ich rathe Dir, Felix,“ wandte er sich an seinen Freund, welcher die Arme gekreuzt, gedankenvoll auf- und abging, zunächst daran zu denken, daß Du Dich hier heimisch machst.“

„Die Ralte Englands macht mir wahrhaftig wenig Sorge,“ antwortete der Andere. „Ich vergesse Ralte und Hunger über dem, was hier meine Gedanken beschäftigt.“

„Keine der Erinnerungen, welche sich an das Schloß W'Donuil knüpfen, ist meinem Gedächtnisse entschwunden.“

verbesserte. „Die Abwesenheit von beinahe einem Jahre hat die Erinnerungen nicht ausgelöscht? Die bleiche Gräfin lebt immer noch in Deinem Herzen?“

„Ihr Bild hat mir vor der Seele geschwebt, seit ich sie verließ, und jetzt, da ich den Fuß wieder auf Englands Boden gesetzt, da ich mich wieder in ihrer Nähe weis, ergreift es mich mit einer Sehnsucht, die ich Dir nicht beschreiben kann.“

„Das ist auch gar nicht nöthig!“ erwiderte Max. „Die Sehnsucht des Verliebten kann ich mir lebhaft vorstellen; fühle ich doch selbst so etwas von Sehnsucht, obwohl ich mich nicht in der Nähe des geliebten Gegenstandes weis, denn mich trennt von demselben immer noch der Canal la Manche.“

„Mein Herz zieht mich vielleicht mehr, als es sollte... Meine Pflicht erfordert, daß ich der Stimme meines Herzens kein Gehör gebe; mir liegt es zunächst ob, meine Mutter aufzusuchen.“

„Ein Unternehmen, was voraussichtlich jetzt so wenig glückt, als das erste Mal... Aber da ist der Punsch! Komm her, Junge, laß uns erst das Glas leeren, damit unsere Herzen nicht auch noch kalt werden, wie es unsere Leiber sind.“

„Nun serviren Sie ein Frühstück, und zwar ein gutes. Vergessen Sie auch nicht eine Flasche vom ältesten Sherry, den man in Liverpool haben kann.“

„Schlimm genug, daß ich meinen eigenen Namen niemals mehr führen darf.“

„Seine Weisung führte uns doch nach Schloß W'Donuil,“ bemerkte Felix.

„Nun ja! gab Max zu. „Abgesehen von diesem recht angenehmen Intermezzo, war doch die ganze Tour eine vertauselt halbbrecherische und wenig amüsante...“

„Raffen wir das?“

„Wir müssen es. Auf diesem Wege habe ich sie gesehen. „Erinnere Dir, ich sagte es Dir.“

„D, ja, ich erinnere mich dessen recht gut... Du ließt der schwarzen Hege nach und laßt zurück mit der überraschenden Neuigkeit, daß Du Deine Mutter gesehen habest.“

„Die Ueberraschung, das Eigenthümliche der Erscheinung mag meine Phantasie vielleicht allzu sehr erregt haben,“ gab Felix zu; „aber ich schwöre Dir, die Beschreibung, die Barr mir gemacht und die er mir jetzt wiederholt hat, paßt auf jene Frau, die wir mitten durch die Felsen über die Schneefläche dahin eilen sahen.“

„Offen gesagt, Felix, mir kommt es vor, als ob Barr selbst ein wenig gefaselt hat. Nun, Du hast ihn ja selbst gesprochen; er hat Dir ja Alles gesagt, was er über diesen Gegenstand weiß.“

„Ja auch gar kein Unglück,“ erwiderte Strahlenau,

angehalten worden, und um den Fällern auf die Spur zu kommen, ließ man nunmehr neue Billets mit einer kaum merklichen Abänderung drucken und zur Ausgabe gelangen. Der erste Besucher, der darauf ein Fällfikat präsentierte, wurde angehalten und dieser gab als seine Bezugsquelle einen jungen Menschen an, der ihm das Billet vor dem Fiskus offeriert und verkauft hatte. Man erwischte denselben, als er gerade im Begriff stand, von einer Dame den Betrag für zwei ebenfalls gefällte Billets einzulassen. Es war dies der erste Angeklagte, in dessen Besitz noch sechs weitere Fällfika gefunden wurden. Die Angeklagten gaben an, daß im Ganzen etwa fünf Duzend gefällte Billets von ihnen angefertigt und umgesetzt sein mochten und hat besonders der erste Angeklagte den größten pekuniären Vortheil daraus gezogen. Der Gerichtshof zog ihre Jugend mildernd in Betracht und verurtheilte Hugo Wittich zu drei, Richard Wittich und Max Rabe zu je 2 Monaten Gefängnis.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die deutsche Gemeindegzeitung des Dr. Stolz, ein sehr konservatives Blatt, schreibt zum Schluß ihrer „sozial-reformatorischen Jahresbetrachtung“: „Wer in die Lage kommen und verpflichtet werden soll, sich gegen alle späteren Wechselfälle des Lebens sicher zu stellen, der wünscht daher naturgemäß und jetzt in erster Linie voraus, daß man zuvor in seinen nächstliegenden Existenz- und Gewerbsverhältnissen ihn sicher stellt; er verlangt mit Recht, daß, wenn ihm regelmäßige und dauernde Leistungen auferlegt werden, er vor allen Dingen durch ein regelmäßiges und dauerndes Einkommen zur Tragung derselben und zur Sicherung seiner Existenz überhaupt mehr und besser fähig gemacht wird. Nicht mit der Regelung der Versorgung, sondern vielmehr der Erwerbs- und Existenz-Verhältnisse hat sonach jede wirkliche und den sozialen Frieden ermöglichende Sozial-Reform zu beginnen, und daß diese von uns schon seit Jahren ausgesprochene Ueberzeugung sich im bevorstehenden Jahre immer mehr Bahn brechen und daß an Stelle der herrschenden Plan- und Rathlosigkeit sowohl in der öffentlichen Meinung, wie bei den Staatsregierungen ein sicheres und zielbewusstes Denken und Handeln immer mehr Platz greifen möge, mit diesen Wünschen wollen wir in das neue Jahr eintreten. Den Anfang zu einer solchen, zielbewussten und Erfolg versprechenden Sozial-Reform können wir aber, was wir immer und immer glauben wiederholen zu müssen, allein darin erblicken, daß die Staatsgewalt zunächst die allgemeine berufsgenossenschaftliche Organisation der gesammten tätigen Gesellschaft in Angriff nimmt und demnächst dieser Organisation als erste Aufgabe die Regelung der Lohnverhältnisse zuweist.“

Unternehmerlogik. Nach der eben herausgekommenen Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller weist die Gesamtproduktion von Roheisen für das Jahr 1884 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahre wieder ein Mehr von etwa 190000 Tonnen nach. Auch der größte Optimist schreibt die Freihandels-Korr. — wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es einem solchen Wachstum der Produktion gegenüber der Konsumtion unmöglich gemacht wird, gleichmäßigen Schritt zu halten. Eine angemessene Beschränkung der Produktion dürfte daher das nächste und hauptsächlichste Erfordernis sein, um eine bessere Geschäftslage für Roheisen herbeizuführen und nach und nach ein normales Verhältnis zwischen Produktion und Konsum und damit die Basis, auf welcher sich eine allmähliche Preiserhöhung vollziehen kann, wieder herzustellen. — Die traurige Geschäftslage von Walddraht hat sich noch nicht geändert. Trotz der erheblichen Betriebsbeschränkungen der Drahtwalzwerke fehlt es fortgesetzt noch an genügender Beschäftigung sowohl in Eisen- als in Stahldraht. Die Preise behalten ihre weiche Tendenz immer noch bei und variiren für Bessmer Stahldraht per Tonne zwischen 118 bis 122 Mark. Das Geschäft in Feinblechen hat sich noch immer mehr verschlechtert; in den Sieger Feinblechwalzwerken ist fast gar nichts zu thun. Dabei sind die Lager mit Vorräthen überfüllt. Auch in

Groß- und Kesselblechen hat der Absatz in letzter Zeit stetig abgenommen und der Betrieb der betreffenden Werke kann nur unter Einschränkungen fortgesetzt werden, da die neu eingehenden Bestellungen zu einer genügenden Beschäftigung nicht ausreichen. — Radler kann wohl nirgends die Thatsache hervorheben, daß es für unsere Manufakturleute nur eine Klasse von Menschen giebt: die Unternehmer. Wenn man bloß das Interesse der Unternehmer kennt und wahrzunehmen hat, so muß man allerdings folgern: da der Konsum nicht wächst, so müssen wir die Produktion einschränken. Vom Standpunkt des ganzen Volkes aus würde man hingegen schließen: Da die Produktion so rasch sich ausdehnt, so müssen wir für Erweiterung des Konsums sorgen, wir müssen die Kaufkraft, die Aufnahmefähigkeit der großen Masse erhöhen. Aber was kümmern sich um die große Masse des Volkes jene „Freihandelskammerburden“, für die der Mensch erst beim Kapitalisten anfängt!

Die Handelskammer für Mittelfranken scheint ebenfalls der Meinung zu sein, daß der Mensch erst beim Unternehmer anfängt. Sie bezeichnet das Geschäft im Jahre 1883 als „zufriedenstellend“, weil man viele Widerwärtigkeiten „durch Billigkeit des Arbeiterlohnes“ bekämpft habe. Für die Unternehmer mag das ja recht zufriedenstellend sein — aber konnte man nicht auch einen Augenblick an die Arbeiter denken? Uebrigens müßte man in Mittelfranken geradezu an geistigem Marasmus leiden, wenn der Bericht der Handelskammer Recht hätte: „An harte Arbeit, rastloses Bemühen, die täglich von allen Seiten auftauchenden Schwierigkeiten zu überwinden gewöhnt, hat Niemand Zeit, nach den letzten Ursachen der Verschlimmerung seiner speziellen Lage zu forschen.“ Soll das etwa gar noch ein Lob sein?

Das große Kapital hat sich in Frankreich unter der Republik recht gut gefanden. Das beweisen die Ergebnisse der dreiprozentigen Steuer, welche auf dem Einkommen aus beweglichen Werthen ruht. In dem genannten Jahre warf sie 31760000, im Jahre 1884 aber beinahe 19 Millionen mehr, d. i. 49841000 Frs. ab. Aus dem Mehrerträgniß geht hervor, daß die Einkommen um 602700 Frs. gestiegen sind, was, zu 4 Prozent berechnet, auf eine Vermehrung des Kapitals um 15 Milliarden schließen läßt. Diese 15 Milliarden setzen die Kapitalien, die seit dem Kriege in Staatsrenten angelegt worden sind, nicht in Ab. Die zwei großen nationalen Anleihen, deren Zinsen jährlich 305 Millionen verschlingen, stellen ein Kapital von 7 Milliarden 700 Millionen und die amortisierbare Rente ein solches von 2 Milliarden 800 Millionen dar. Rechnet man noch die Schatzscheine hinzu, die im Jahre 1877, und die Liquidationsbonds die 1874 ausgegeben wurden, so hat man ein Kapital von 12 Milliarden, im Ganzen also von 27 Milliarden, welche — so schreibt die „Republique française“ — in elf Jahren von den französischen Kapitalisten „eripari“ worden sind. — Die französischen Kapitalisten müssen entweder von einer wahren Spar-Zollwirth besessen sein, oder es steckt ihnen ein so gewaltiger Bruchtheil des nationalen Einkommens zu, daß sich leicht sparen läßt.

Holland. Das allgemeine Darniederliegen des Geschäftes, heißt es in einem Amsterdamer Briefe der „R. Z.“, macht sich besonders in den großen Städten unter der Arbeiterbevölkerung recht fühlbar, und auch die angestrengteste Arbeit der Privatwohlthätigkeit kann der Noth nur in sehr unvollkommener Weise steuern. Es hat sich zwar sowohl in Amsterdam wie in Rotterdam ein Verein für Arbeitsbeschaffung gebildet, die freiwilligen Beiträge haben eine in früheren Wintern nicht gekannte Höhe erreicht und die städtischen Behörden lassen im Augenblick eine Anzahl öffentlicher Arbeiten ausführen, die einer späteren Zeit vorbehalten waren, allein angesichts der in's Ungeheure angewachsenen Arbeiterbevölkerung und des fortwährenden Zugzugs aus den Provinzen ist es kaum möglich, auch nur für die dringendsten Bedürfnisse in irgendwie ausreichender Weise zu sorgen.

Vereine und Versammlungen.

h. In einer öffentlichen Versammlung von Kaufleuten, welche am Freitag Kommandantenstraße 70 stattfand, begründete Herr Johann Fischer aus Wien in sehr ausführlicher Weise die in dem Programm der diesigen „Freien Or-

ganisation junger Kaufleute“ aufgestellten Forderungen. In der Forderung: „Regelung des Lehrlingswesens“ besprechend, theilte Referent mit, daß der Verein junger Kaufleute in Wien auch dafür agitire, daß junge Leute, die zu Kaufleuten sich ausbilden wollen, als Lehrlinge nur bei Solchen eintreten, welche selbst „gelehrte Kaufleute“ sind. In Bezug der Rindguldfrist führte er aus, daß für Rommils, die Jahr lang in einem und demselben Geschäft gewesen, auch die gesetzliche sechsmonatliche Frist nicht genügend sei, und daß eine gesetzliche Bestimmung nötig sei zur Befreiung des Kaufmanns, daß Prinzipale, wenn sie Rommils auf eine bestimmte Probezeit aufgenommen haben, dieselben vor Ablauf der Probezeit zu jeder Zeit ohne vorhergegangene Rindguld entlassen dürfen. Die gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit und der Arbeitszeit begründend, wies er darauf hin, daß im Großherzogthum Hessen der Besuch der Fortbildungsschulen für junge Leute von 14 bis 18 Jahren bereits obligatorisch gemacht sei. Den Mittheilungen über den (bereits 3000 Mitglieder zählenden) kaufmännischen Verein in Wien zur Unterstützung der Mitglieder in Konfliktfällen fügte er Mittheilungen über den „Benfonsverein für Kaufleute“ bei, den Rommils und Prinzipale in Wien gegründet haben. In Betreff der Stellenvermittlung sprach er sich dahin aus, daß die für diesen Zweck von den kaufmännischen Vereinen errichteten Bureaux in Kartellverfahren stehen und Freizügigkeit haben müssen. „Beiseitigung der Stellenlosigkeit“ erklärte er für eine zur Zeit unaufrichtbare Forderung. Höchstens könnte ein Verein seinen Mitgliedern für die Zeit, in der sie stellenlos sind, eine Unterstüßung garantiren. In Bezug auf „Regelung der Gehaltsverhältnisse“ meinte Referent, müßten die Vereine in Gemeinschaft mit den Handelskammern unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Minimalgehälter festsetzen. Nach einer lebhaften Diskussion, an welcher sich die Herren Böhm, Karo, Schönbauer, Gutmann u. A. betheiligten, und in welcher gegen die Äußerungen des Referenten Bedenken erhoben wurden, schloß die Versammlung auf Antrag des Referenten einstimmig die Einsetzung einer ständigen Kommission zur Vorbereitung und Durchführung geeigneter Schritte bei den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs, um auf der thatsächlichen Verhältnisse eine Aenderung der bestehenden Mißstände zu erzielen. Auch der Antrag des Herrn H. J. den Vorstand der „Freien Organisation junger Kaufleute“ damit zu beauftragen, die Ausführung des Beschlusses zu betreiben, wurde einstimmig angenommen. Neben zwei Resolutionen, die während der Diskussion eingebracht worden waren, erhielt die folgende, welche Herr H. J. eingebracht hatte, die Mehrheit der Stimmen: „Die Versammlung bekennt sich mit den Ausführungen des Referenten in einstimmiger, fordert aber außerdem, daß überall da, wo junge Kaufmann (als der wirtschaftlich Schwächere) seine wünschenswerten Interessen nicht selbst wahrnehmen kann, das Gesetz für ihn eintreten soll.“

Literarisches.

Von dem illustrierten Unterhaltungsblatt „Die neue Welt“ Stuttgart, Verlag von F. H. W. Dietz, ist soeben der 23. des 30ten Jahrgangs erschienen.

Inhalt: Auf hoher See. Sozialer Roman von E. Hoffmann Bruy. (Fortsetzung). — Der Hausgarten. IV. 2. Obstgarten. (Schluß). Von Gartenbaudirektor D. Hölting. — Finnland. Land, Volk und Lied. Von Dr. Max Müller. (Schluß). — Tanz-Anst. Von H. Weber. (Schluß). — Nacht des Aberglaubens. Von Wilhelm Mos. (Schluß). — Der Februar ein stiller Duldner. Von P. Christian. — Körperliche Schädigung der Schuljugend in unseren Lehranstalten. Von Bruno Geier. — Der Waldschwan. Unsere Illustrationen: Erregte Gemüther. Der Kaiser. Edelweiß. — Vermischtes: Odilo Schreyer's lustiger und satirischer Zeitvertreiber. Aus dem Seelenleben der Lohse. — Sprechen ohne eigentliches Telephon. Erkennung von Pflanzen. — Für unsere Hausfrauen: Zur Kultur der Brombeeren. — Um frühzeitig große Zwiebeln zu erzielen. — Verlässlicher Rathgeber. — Redaktionskorrespondenz. — Sonstiges. — Mannichfaltiges.

Theater.

- Königliches Opernhaus:**
Heute: Undine.
Morgen: Die Stumme von Portici.
- Königliches Schauspielhaus:**
Heute: Roderich Heller.
Morgen: Dibelio, der Mohr von Venedig.
- Deutsches Theater:**
Heute: Fiesko.
Morgen: Der Probestell.
- Bellealliance-Theater:**
Heute: Der Salonkrieger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:**
Heute: Gasparone.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernk.
Heute: Der Walzerkönig.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Reichens-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Gehstalts-Invaliden. Hierauf: Die Schutzeiterin.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Walhalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Seifenstädtisches Theater:**
Heute: Bankrott.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Dionys-Theater:**
Heute: Kinder des Volks.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Blumen-Theater:**
Heute: Die Sorglosen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Victoria-Theater:**
Heute: Sulturina.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Die Schule des Lebens.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Für Kürschner und Berufsgenossen befindet sich der Arbeits-Nachweis Abends von 8 bis 10 Uhr bei **Serfeld, Grenadierstraße 33.** 1519

A. Oertel, Gold- und Silber-Waaren-Lager.
Lindenstraße 109, (früher Dresdenstr. 117.)
Berstalt f. neue und alte Reparaturen, Gravirungen, Berggold, Verfilb. u. Einl. u. Jewel, Gold, Silber, Edelsteinen, Perlen, Ringe, Medaillen und Rehring. 244

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.

FRITZ GOERCKI.

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)

Import echter Havanna. Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten und Tabake. Eht Nordhäuser Rahtabake.

P. P.

Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich

Chausseestrasse 36—37

(im Grundstück der Wöbler'schen Maschinenbau-Anstalt) ein

Cigarren- und Tabak-Geschäft

eröffnet habe und bitte meine werthen Freunde um geneigten Zuspruch.

Für die besten Qualitäten ist Sorge getragen.

Ergebenst

Wilhelm Pfannkuch.

Herrn. Kehr, Hutmacher.
Stalitzerstr. 109, nahe d. Wanteuffelstr.
Elegante Seidenhüte v. 5—12 Mk.
Gute und feine Filzhüte v. 2—6 Mk.
Jede Reparatur wird sauber und billig ausgeführt.
Ausbücheln sofort für 25 Pfennige.

Kleine und große Vereinszimmer
auch Sonntags zu haben. Mauerstraße 86. [1304]

Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 v. 2. Etage
Ede Adalbertstr.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine
Cigarren und Rauch-Tabak
Lotterie-Loose und Antheile.
M. Meyer, O. Fruchst.

Die Ausschließlichkeit der Sozialdemokratie.

II.

Die konservativen Blätter, welche die Schöffle'sche Schrift als eine That preisen, werden hauptsächlich die freihändlerischen Forderungen Schöffle's ebenso sehr zu schätzen wissen.

Zunächst will Schöffle von der Gewerbe- und Koalitionsfreiheit nicht lassen. „Die Koalitionsfreiheit ist eine gerechte Forderung der Lohnarbeiter“, ein „fortan unantastbares Freiheits- und Gleichheitsrecht.“ „Da es unter den Unternehmern immer Schlotjunker geben wird, so ist die Waffe vereinigt Kampf gegen mißbräuchliche Geschäftspraktiken dem Arbeiterstand zum Gebrauch frei zu lassen. Die anderen Freiheiten, die er erobert hat und die ihm gestatten, den ihm passendsten und angenehmsten Lohnern in der ganzen Welt aufzulesen, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Aufenthaltswahl bleiben als die glorreichen Errungenschaften des Liberalismus auch für die Lohnarbeiter unantastbar und seien durch die unangefochtene und uneingeschränkte Freiheit koalitierten Kampfes mit geschicklich erlaubten Waffen vermehrt.“ Selbst der Gedanke eines gemeinsamen, internationalen Vorgehens der Arbeiter wird nicht nur aus abnehmend behandelt. „Wohl kann eine internationale Arbeiterpartei, welche dem Umkreis entsagt und aufrichtig der Reform im Interesse des Arbeiterstandes aller gebildeten Nationen zustrebt, den Staatsmännern zur Bewältigung und Eindämmung der internationalen Krisen unschätzbaren Beistand leisten und eine starke Anwendung der sozialpolitischen Ausgleichungsrollen vom internationalen Verkehr abwenden.“

Eben so entschieden, wie Schöffle den „Junfthum“ und die Innungen nach altem Schnitt“ verwirft, eben so entschieden tritt er gegen eine Beschränkung und politische Verkümmern des Wahlrechts der Proletarier auf. „Die Beseitigung des Wahlrechts der kleinen Leute wäre eine Freiheits- und Gleichheitswidrige Maßregel, welche den Staat und seine Macht der notwendigen Resonanz beraubt, die er im Herzen des Volkes nötig hat. In Deutschland hielte ich die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechtes für einen schweren Fehler, welches nur an den Kulturkämpfer seinen gleichen fände.“

Im Staatsrat, in den ersten Kammeren wünscht Schöffle Arbeiter, Handwerker und kleine Landwirthe vertreten. An anderer Stelle tritt er für eine demokratischere Schulorganisation ein. Die Kirche, die Schule und die Armee haben nicht aus dem Volk die besten Köpfe zu Priestern, Lehrern und Offizieren dadurch gewonnen, daß man in Konkursauktionen — ich erinnere nur an die Klosterkölle — die Lehrerseminare, Kadettenhäuser — die wichtigsten Jungen zur Ausbildung auf öffentliche Kosten herauslöst. Man braucht diese Kirchen-, Schul- und Militärpolitik nur zu verallgemeinern, indem man in allen Berufen, namentlich den technischen Fächern, eine gewisse Zahl von Stellen für die im allgemeinen Konkurs bewährtesten Knaben und Jünglinge sicher stellt.“

Das Sozialistengesetz hält Schöffle heute noch für schädlich und ungesund. „Die Freiheit der Aufwählung gebührt niemandem, dem Konservativen, Liberalen, Antisemiten so wenig, als dem Sozialdemokraten und Anarchisten.“ Sind denn aber die Waffen des Sozialistengesetzes durchaus wirksam? Tügen sie nicht der Sozialdemokratie mehr, als sie derselben schaden? Bedenken sie nicht über Unschuldige und deren Familien ein Verbot von Uebeln? Diese Fragen vermag ich nicht zu verneinen. Daneben schadet die Ausbreitung der Führer, die Vernichtung ihres Erwerbs und ihres Familienstandes der bestehenden Gesellschaft sicher weit mehr, als sie nützt. Die ganze Existenz politisch zu gefährden, ist über jedes richtige Maß der Polizeigewalt hinaus. Solcher Dummheit die Massen erst recht zusammen zu drücken, nicht wählens, jedenfalls die rein wissenschaftliche Kritik der bestehenden Uebelstände, woran die liberal-kapitalistische Gesellschaft krankt, und jede ebenso gezielte Erör-

terung der Mittel der Abhilfe — Kollektivproduktion nicht ausgeschlossen — sollte auch der Sozialdemokratie vollständig zurückgegeben werden.“ Man sieht, es besteht eine tiefe Kluft zwischen diesem Konservativen und den Polizeistaats-Konservativen Deutschlands und Oesterreichs.

Das zeigt sich endlich auch in der Stellung unseres Autors zum Arbeiterschutz. Er verwahrt sich zwar auf das Entschiedenste gegen den „Normalarbeitsstag der Sozialdemokratie“, er will ihn keinesfalls niedriger als 11 Stunden angelegt haben, aber ebenso entschieden tritt er für ein wirksames Fabrikinspektorat ein, vor dem unsere leitenden Kreise ja noch immer zurückschrecken. „Der Staat übe immer vorbehaltslos auch den polizeilichen Schutz im Geiste des unabhängigen Fabrikinspektorates und jener englischen Fabrikgesetzgebung, mit welcher R. Marx in so verdienstlicher Weise bekannt gemacht hat. . . Vor allem behandle er seine eigenen Diener und Lohnarbeiter — auf Werften, in Arsenalen, in den Kasernen, in den Werkstätten, in den Monopolfabriken, bei den Verkehrsanstalten, in den Staatsforsten, bei der Eisenbahnverwaltung — auf menschenwürdige Weise, was bei dem heutigen Umfang dieser Arbeiterkategorien nicht verschlehen kann, auf die Lage der Arbeiter in den Privatgeschäften günstig zurückzuwirken.“

Man mag über dieses Programm denken, wie man will, die heutige konservative Praxis steht mit ihm jedenfalls nicht im Einklang, und wenn unsere Konservativen die Art gutheißen, wie Schöffle den Sozialismus belämpft, so mögen sie ihm auch darin folgen, wie er dem Sozialismus entgegenkommt.

Politische Uebersicht.

Sonderbare Anschauung. In einem liberalen Blatte, welches im Allgemeinen den sozialdemokratischen Antrag zur Gewerbeordnung mit unbefangenen Blicken anschaut, finden wir die höchste Befürchtung ausgesprochen über die „Organisation der Arbeit“, die in dem Antrage enthalten ist. Das Blatt schreibt nämlich zum Schlusse eines längeren Artikels: „Dies ist wohl in den allgemeinsten Umrisen der Inhalt, den die zweite Hälfte des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs hat. Dieselbe erscheint sehr wohl durchdacht und wir haben auch neulich schon anerkannt, daß er mühsam ausgearbeitet ist, aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß seine anscheinende Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern eben nur anscheinend ist. Die belebende Seele der ganzen Organisation sind die Arbeitskammern, in denen der Wille der Unternehmer — da Stimmengleichheit so viel wie Ablehnung gilt — jederzeit lahm gelegt und gar, wenn die Arbeiter-Mitglieder auch nur ein Unternehmer-Mitglied auf ihre Seite ziehen, durch die eifrigeren aller Unternehmern des Bezirks die Höhe des Lohnes vorgeschrieben werden kann. Daß wir damit nicht bloß den ersten, sondern fast schon den letzten Schritt in den sozialistischen Staat thun würden, bedarf keines besonderen Nachweises.“ — Das Sonderbare dieser Kritik leuchtet sofort jedem Unbefangenen ein. Stellen denn nur die Unternehmer Anträge? Wenn die Arbeiter auf Anträge stellen — da Stimmengleichheit soviel wie Ablehnung gilt — so kann der Wille der Arbeiter zu jeder Zeit lahm gelegt werden. Und wenn bei Festsetzung des Lohnes es den Unternehmern gelingt, nur einen Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, so kann für alle Arbeiter die Höhe des Lohnes von den Unternehmern vorgeschrieben werden. Man sieht, die Liberalen können sich einmal nicht daran gewöhnen, die Arbeiter als gleichberechtigt mit den Unternehmern anzusehen. Daran werden die Arbeiterschutzgesetze auf einige Zeit auch scheitern, an dem „liberalen“ Unternehmungsstumpfen und an dem Interesse, welches der Liberalismus an recht hohem Unternehmergewinn hat.

Die Kolonialfrage beschäftigte vor einigen Tagen auch die Missions-Konferenz der Provinz Brandenburg. Trotzdem man auf dieser Konferenz im Allgemeinen für Kolonialbestrebungen war, wurde die Frage dennoch keineswegs in enthu-

stastischer Weise behandelt. Ein Mitglied, Prof. Plath aus Berlin, warnte davor, sich durch das Missionsinteresse blenden zu lassen; er sprach auch gegen das von anderer Seite erwähnte ausgezeichnete Kolonialtalent der Deutschen. Es sei ein Unterschied zwischen Kolonisten und Kolonisationen, wir seien zwar gute Kolonisten, haben aber noch keine Gelegenheit gehabt, uns auch als gute Kolonisationen zu zeigen. Der ehemalige Missionar Marensky, welcher früher große hawainische Anwandlungen hatte, betonte jetzt, nicht verzeihen zu wollen, daß wir mit Krupplanonen und Mauerergewehren nicht die Herzen der Eingeborenen gewinnen können. Und beim Stiftungsfest des Alademischen Missionsvereins sprach sich der Festredner, Pastor Grundemann, folgendermaßen aus: „Es wird viel jetzt geschwärmt für den schönen fruchtbaren Kamerun. Thorbheit! Dort oben gedeiht nichts, da ist märkischer Sand besser. . . Ueber die Kolonialbestrebungen müssen wir sagen: Nur recht nächtern!“

Auf Grund des Sozialistengesetzes ist die nichtperiodische Trudtschrift: „An die jungen Leute“ von Peter Kravotkin, aus dem Französischen übersetzt von Frau J. Schulze, verboten worden.

Afrikanisches. Der bekannte Herr Uderis hat von dem Besitzer einer afrikanischen Landstrecke Namens Bethanien, dem Kapitän Josef Friedrichs, die Souveränität über die Küste von Groß-Ramaqualand, 20 Meilen landeinwärts erworben. Nunmehr ist Bethanien selbst unter den Schutz des Reiches gestellt und zwar durch einen von Dr. Nachtigal abgeschlossenen Vertrag.

Noch einmal die Abkommandierung. Bezüglich der Abstimmung von Mitgliedern der deutschchristlichen Partei bei der im vorigen Jahre stattgehabten Verlängerung des Sozialistengesetzes veröffentlichte jetzt der frühere fortschrittliche Abg. Raempfer folgende Briefe in der „Leipziger Bürger-Ztg.“ mit dem Hinzufügen, daß anderweitige Mittheilungen von ihm in der genannten Angelegenheit nicht gemacht sind:

Berlin, 9. Dezember 84.

Lieber Raempfer!

Schicken Sie mir doch, bitte, eine Erklärung über die Vorgänge bei Abstimmung über das Sozialistengesetz, die ich, wenn es Noth thut, publiziren kann. Wodt will das Gleiche thun. Wenn wir jetzt nicht mit dem Namen und allen Details herauskommen, kommen wir in eine schiefe Lage. Wenn Sie wünschen — was ich indeß nach Lage der Sache nicht annehme — braucht Ihr Name nicht genannt, sondern nur bemerkt zu werden, daß der Schreiber, ein früherer Abgeordneter, bereit sei, die Wahrheit der Schilderung zu bezeugen. Mit zc.

ges. Philipp.

Leipzig, den 10. Dezember.

Lieber Philipp!

Manch erzählte mir f. B., daß Fraktionsgenossen, von welchen bekannt, daß sie Gegner des Sozialistengesetzes, Briefe von der Parteilassung, unterzeichnet: J. U. Dr. Herms, erhalten hätten des Inhalts, daß ihre Anwesenheit bei der Abstimmung über das Gesetz nicht nötig sei und bezeichnete mir als einen solchen Briefempfänger: Günther Berlin. Dieser, von mir hierüber interpellirt, bestätigte Manch's Aussage mit dem Bemerkten, daß noch 10 oder 12 anderen Kollegen gleichlautende Briefe zugegangen wären. O. Herms, von mir befragt, in wessen Auftrage er diese Briefe geschrieben, antwortete: „Nun, in Eugen's Namen.“ Das ist Alles, was ich über die Affäre weiß, und bin ich, da mir von keiner Seite Distretion auferlegt ist, auch erdört, mit meinem Namen hervorzutreten, wenn wider Erwarten von den Betreffenden meine Aussagen bestritten werden sollten. Mit zc. Raempfer.

Nun wird Herr Eugen Richter hoffentlich nicht mehr leugnen!

In Hamburg wurden zufolge telegraphischer Ordre auf dem vorgestern aus New-York angelangten Dampfer „Bobemia“

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Winter ade — Scheider thut weh, der Frühling kommt, und wenn es auch vorläufig nur noch ganz schwächere Versuche sind, mit denen er uns beglückt, so merkt man doch an dem jähren Schmutz, der das Berliner Pflaster überzieht, daß der Frost mit seiner erstarrten Kälte und endgiltig den Rücken gelehrt hat, — wie lange wird es dauern, und in den Selterbuden verkauft man wieder „mit und ohne“, die kohlen-sauren Jungfrauen werden sich dann nicht mehr ausschließlich dem Verlaufe geistiger Nahrung widmen, man wird dann den pilanten Inhalt einzelner Zeitungen getroffen durch ein Glas Selterwasser abschwächen. Im Thiergarten fängt es bereits verächtlich an zu knospen, nächstens werden die ersten Reaktionsmaßregeln eintreffen, und der gewissenhafte Chronikur wird dann Gelegenheit haben, tief sinnige Betrachtungen über die Unsterblichkeit dieser Käser, die im dunklen Schooß der Erde haften, anzustellen und sie zu vergleichen mit der bemerkenswerthen Dauerhaftigkeit, deren sich andere Käser, die in den Köpfen mancher Leute ihr Wesen treiben, von Alters her erfreuen.

Ganz und gar hat uns der Winter freilich noch nicht verlassen, denn draußen lastet immer noch eine schwere Eisede auf den Gewässern, sie lockt leidenschaftliche Sportleute, die dem Schlittschuhlaufen nicht entsagen können, immer noch hinaus, sie werden nicht eher von dem Berggigen Abstand nehmen, bis ein kühles Bad, welches in der jetzigen Jahreszeit immer noch eine ganz besondere Erfrischung bietet, sie belehrt, daß es nunmehr an der Zeit ist, sich nach anderen Belustigungen umzusehen.

Und in dieser Beziehung kann doch augenblicklich Niemand in Verlegenheit kommen, denn heute darf man gewiß nach einer beliebigen Melodie singen:

„Lanze, wenn ein Bein gegeben —“ u. s. w.

Nun ist tanzen gewiß ein ganz exorbitantes Plaisir, namentlich für junge Damen, und wenn man das nicht aus eigener Erfahrung wüßte, so könnte man es sicher aus den Feuilletons einzelner Tageszeitungen entnehmen, deren Verfasser sich so eingehend mit den tanzlustigen Damen beschäftigt haben, daß sie nachher einfach, schön und geistreich konstatiren konnten, „es pridelte und sprühte vor Tanzlust in den Füßchen der jungen Damen.“

Da soll man noch sagen, was eine Sache ist, aber es geht doch nichts über eine ungefügte, poetische Ausdrucksweise. Ein Füßchen, aus dem die Tanzlust sprüht — viel-

leicht aus den Hühneraugen. Das macht aber nichts, die Hauptsache bleibt, daß auf gewissen Ballen Alles sprühend, pridelnd und glänzend ist, und daß ganz Berlin erfährt, wie man sich dort amüßert, wie man tanzt, was man isst und trinkt, und — wie man sich kleidet.

Namentlich der letzte Punkt ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Es muß doch für einzelne Damen ein ganz besonderes Vergnügen sein, die Beschreibung ihrer Toilette bis in die kleinsten Einzelheiten in gewissen altersschwachen oder „on Sensation lebenden Blättern zu finden.

Was wäre es auch für ein entsetzliches Unglück für das ganze deutsche Vaterland, wenn man nicht brünnwarm erfahren würde, wie gestern auf diesem oder jenem Balle die Sängerin A., die Schauspielerin B., die Kommerzienrätthin C. angezogen gewesen ist. Es muß für die überwiegende Mehrzahl unserer Mitbürger doch von ungeheurer Interesse sein, in die Geheimnisse der Kleiderstraße solcher Damen eingeweiht zu werden.

Wohl den Menschen, die nicht genöthigt sind, derartige Berichte lesen zu müssen; daß dieselben überhaupt geschrieben werden, ist gewiß ein trauriges Zeichen unserer ganzen Zeitverhältnisse, durch derartige „geistprühende“, farbenschildernde Artikel wird die Eitelkeit mancher gesellschaftlichen Kreise in der öffentlichen Meinung sanktionirt und schließlich den Leuten die Ueberzeugung anertogen, daß sie in der That etwas Besseres wären als Andere, die nicht über eine gleiche Reichhaltigkeit der Garderobe verfügen.

Wer das Geschreibsel aber lesen muß, der hält es nur bei sehr starken Nerven aus, im anderen Falle wird er ver-rückt.

Auch die Saison der Bälle wird vorübergehen, die künstlichen und natürlichen Blumen werden bei Seite geworfen, sie vertrocknen, verkommen, Niemand erinnert sich ihrer mehr, sie haben eben ihre Schuldbilgei thaten.

Für diese Blumen werden uns jetzt andere geboten, die ersten Weilchen sind bereits da, mag sie die Natur hervorgebracht haben oder mögen sie im Treibhause entstanden sein, kurzum, sie sind da, und jeder Mensch kann Sonntags jetzt für einen Ridel ein noch so leerstehendes Knopfloch handesgemäß dekoriren.

Allerdings werden uns diese ersten Frühlingsboten hier in Berlin gerade nicht von Personen überreicht, die uns den Besitz eines Weilchensträußes oder eines Bouquets von Schneeglöckchen besonders begehrensworth erscheinen lassen.

Das ist ein dunkler Punkt im Leben der Millionenstadt, aber er besteht einmal und deshalb darf er auch nicht mit Stillchweigen übergangen werden. Manches Gesicht der jugendlichen Blumenverläuferinnen erzählt eine lange, traurige Geschichte, eine Geschichte, deren Anfang die Armut und Entbehrung, und deren Ende das Laster bildet. Alles, was zwischen diesen beiden Polen liegt, ist klar. Es ist leicht, sich mit Widerwillen von diesen demitleidenswerthen Geschöpfen abzuwenden, es ist fürchtbar bequem, seine moralische Entrüstung in ein möglichst arvelles Licht zu stellen, aber schön ist es nicht, und menschlich ist es erst recht nicht. Es giebt in Berlin Blätter, die diesen öffentlichen Krebsgeschaden anerkennen, sie weisen gerade jetzt darauf hin, — sie sehen die Wirkungen, aber sie verschließen sich den Ursachen. Mit den Klagen allein ist hier nichts gethan, hier müßte praktische, wirkliche Abhilfe geschaffen werden, und wo der Hebel anzusetzen ist, das weiß Jedermann, der es überhaupt wissen will. Hoffentlich werden unsere wirtschaftlichen Zustände einmal derartige werden, daß kein freisinniger Journalist sich mehr vor den Töchtern unseres Volkes zu entsetzen braucht. —

Wertwürdiger Weise hört man garnichts mehr von der erlauchten Sängerin, die augenblicklich in unseren Mauern weilt. Eine Fürstin, eine veritable Prinzessin als Chanteuse, das ist so übel nicht, aber der Berliner scheint im Allgemeinen von dem hohen Besuch nicht allzusehr erbaud gewesen zu sein. Die Dame wollte ihrer Familie einen Schabernack spielen, und so wurde sie Sängerin, nach dem, was man von ihr gehört hat, hätte sie die Mitglieder ihres Hauses jedenfalls mehr gedrängt, wenn sie ihre Vieder im Familienkreise vortragen hätte. Sie verläßt Berlin in wenigen Tagen, jedenfalls an Erfahrungen reicher als an — Einnahmen.

Jedenfalls verdient eine solche Dame ihr Geld leichter als andere Leute, und es ist doch immer ein Zeichen dafür, daß manche Leute, trotz ihrer Klagen, immer noch Mittel genug besitzen, sonst würde man eben derartigen „Konzerten“ gewiß fern bleiben. Aber so ist es eben verschieden auf der Welt, der Eine leistet sich Alles, während der Andere froh ist, wenn er bei eintretender warmer Witterung seinen Winterüberzieher versehen kann, nata bene, wenn er einen hat. Und da jetzt bald die Zeit kommt, wo diese für viele Leute wichtige finanzielle Operation vorgenommen wird, so wollen wir nicht verschlehen, allen treuen Wärmespendern eine erfrischende Sommerruhe und vergnügten Rotienfraß zu wünschen.

eine ankommende Dame nebst 10 Männern im Hafen von der Polizei empfangen, durchsucht und verhaftet. Es heißt, man habe anarchistische Schriften bei denselben gefunden.

Parlamentarisches.

In der Nachprüfung der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags wurde über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend Bestrafung der Beamten, welche die Abgg. Frohm und v. Holsmar in Kiel f. B. verhafteten, beraten. Es ist mit 8 gegen 3 Stimmen die Verhaftung der Abgeordneten als gegen Artikel 31. der Verfassung (Immunität) verstößend, für ungesetzlich erklärt worden, der sozialdemokratische Antrag selbst ist jedoch abgelehnt worden.

Dem liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Borch ist, wie man uns aus Langenbielau schreibt, von dort eine mit 1286 Unterschriften versehene Petition gegen Erhöhung der Schreibzölle mit der Bitte zugesandt worden, selbe dem Reichstage zu überreichen.

Die Abgg. Bissinger und v. Hülf haben mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion im Reichstage einen Antrag eingebracht, worin sie den Reichskanzler ersuchen, Erhebungen anstellen zu lassen, durch welche Maßnahmen die gänzlich darniederliegende deutsche Hochsee-Fischerei zu fördern sei, und nach dem Ergebnisse dieser Ermittlungen das Nothwendige zur Hebung derselben zu veranlassen.

In der Budget-Kommission des Reichstags wurde gestern die Debatte über den Nachtragsetat pro 1885 bis 86 (die bekannten Forderungen für die Kolonialbeamten) fortgesetzt. Neu eingetreten in die Kommission sind inzwischen die Abgg. Richter, Dr. Hänel, Dr. Windthorst und Börmann. Die von den Abgg. Richter und von Strombeck gestellten Fragen sind schriftlich formuliert, sollen aber erst metallographirt werden. Die Vertreter der verbündeten Regierungen gaben heute die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage seien, auf alle gestellten Anfragen eine Antwort zu ertheilen. Diskutirt wurde besonders die Frage der Bedeutung des kaiserlichen Protektorsats. Wird dasselbe ausgeübt über Länder, die auch jetzt noch Ausland bleiben? Auch die Frage stand zur Debatte, welche Gesetze in den Kolonien eingeführt werden sollen für die deutschen Reichsangehörigen, für die übrigen Europäer und für die Eingeborenen. Geheimrath von Ruffenow ist der Ansicht, daß es sich hier gar nicht um subtile staatsrechtliche Fragen handele, sondern nur darum, nach den überseeischen Schutzgebieten juristisch geschulte und vorgebildete Beamte zu senden, welche in diesen Gebieten Ordnung schaffen und die demnach nötige Organisation erst vorbereiten sollen. Den Rechten, welche die beiden Gesetzgebenden Faktoren im Reiche, Bundesrath und Reichstag, besitzen, werde durch die geforderte Bewilligung und Hinausführung von Beamten in keiner Weise präjudicirt. Ein Beschluß wurde auch heute nicht gefaßt und die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat beschlossen, die Wahl des Abgeordneten Rablé im achten Cassel-Positinger Wahlkreise für gültig zu erklären.

Die XIII. Kommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung. Dieselbe kam über die Generaldiskussion nicht hinaus, da von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben wurden, so sympathisch man auch im Allgemeinen dem Gesetzentwurf gegenüberstand. Ob eine zweite Lesung erforderlich sein wird, soll erst nach Schluß der ersten Lesung zur Entscheidung gebracht werden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 7. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Schelling, Bronsart von Schellendorff, v. Haenisch u. A. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Der Gesetzentwurf bezweckt die Einfügung eines neuen § 17a. in das eben genannte Gesetz, nach welchem der Grundsatz der Exterritorialität auf alle nicht zum deutschen Reich gehörigen Staaten und deren Oberhäupter ausgedehnt wird. Von den Familienmitgliedern und dem Gefolge, sowie von den nichtdeutschen Bediensteten dieser Staatsoberhäupter soll dasselbe gelten, so lange sie sich in Begleitung der letzteren im deutschen Reich aufhalten.

Abg. Rintelen: Der Entwurf führt sich als eine Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes ein: es sei bei der Beratung des letzteren übersehen worden, die allgemeinen völkerrechtlichen Grundzüge über die exterritorialen Personen ausdrücklich als auch von der deutschen Gerichtsverfassung anerkannt aufzunehmen, und diese Lücke solle die Vorlage ausfüllen. Die Grundzüge der Exterritorialität richten sich noch der Regipolitik zwischen den verschiedenen Staaten, und darüber, wie die fremden Staaten in dieser Frage verfahren, erfährt man aus den Notizen gar nichts. Wir sollen also mit der Regelung einer Materie vorangehen und dann abwarten, daß die anderen Staaten es ebenso machen. Das scheint mir ein nicht einwandfreies Vorgehen. Die bekannte Veranlassung des Entwurfes, daß vor etwa anderthalb Jahren von deutschen Gerichten Arrestbefehle gegen fremde Staaten als Schuldner erlassen wurden, hat allerdings zur Erhebung des Kompetenzkonfliktes und zu dem Ausspruch des Kompetenzgerichtshofes geführt, daß eine diesseitige Gerichtsbarkeit über fremde Staaten überhaupt nicht existire. Die Konsequenzen einer solchen Bestimmung sind aber gar nicht so leicht zu übersehen. Der Hauptgrund der Motive, daß es gelte, Verwicklungen mit den fremden Staaten vorzubeugen, ist ja nicht von der Hand zu weisen; es ist auf alle Fälle gut, eine Norm zu schaffen. Nun macht aber das Gerichtsverfassungsgesetz selbst schon eine Ausnahme, nämlich in Bezug auf den ausschließlichen dinalischen Gerichtsstand in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten; die Motive sprechen außerdem von der Zulässigkeit der freiwilligen Unterwerfung unter die inländische Gerichtsbarkeit. Warum soll nun die erwähnte Ausnahme nur auf das Immobilienbesitzthum sich erstrecken? Warum soll ein auswärtiger Fiskus nicht auch, wenn es sich um bewegliche Güter handelt, bei deutschen Gerichten Recht nehmen können, wenn wir uns entsprechend verhalten wollen? Und wie soll es mit der Exterritorialität derjenigen Staaten gehalten werden, wo heute dieses und morgen jenes Staatsoberhaupt vorhanden ist? Diese und andere Bedenken veranlassen mich, die Vorberatung der Vorlage in einer Kommission von 14 Mitgliedern zu beantragen.

Abg. Klemm kann diese Bedenken nicht theilen, einer kommissarischen Prüfung will indessen auch er nicht widersprechen.

Bundeskommissar Geh. Rath Gutbrod: Das Gesetz ist im Wesentlichen deklaratorischen Charakters; es will das Prinzip, daß der fremde Staat der inländischen Gerichtsbarkeit nicht unterliegt, ausdrücklich ausgesprochen wissen.

Abg. Bergquardsen ist mit dem Abg. Rintelen für Kommissarische Beratung. Der Grundlag, daß auch der fremde Staat (nicht bloß der fremde Souverän) der inländischen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen sei, stehe in Theorie und Praxis nicht so sehr über zweifelhaften Auslegungen erhaben da, daß es wünschenswert erweise, die Konsequenzen desselben in einer Kommission gründlich zu erörtern.

Abg. Windthorst: Ich komme aus denselben Gründen für eine Kommission; ich sehe gar nicht ein, warum ich z. B.

den russischen Fiskus, an den ich Forderungen habe, und der hier bewegliche oder unbewegliche Güter hat, nicht bei unseren Gerichten soll verklagen können.

Die Vorlage wird darauf einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der zweite Gegenstand, die dritte Beratung des Gesetzentwurfes, betr. einen Zusatz zu § 12 des Tabaksteuergesetzes, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da nach der Mittheilung des Präsidenten aus Anlaß von neuerlichen Propositionen dem Bundesrathe Änderungen des Wortlauts erwünscht erscheinen, für welche eine kurze Frist zu gewähren sei.

Die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1882/83 wird bezüglich desjenigen Theils, welcher die Reichsverwaltung betrifft, auf Antrag der Rechnungs-Kommission beschert.

In Bezug auf die allgemeine Rechnung über den Haushaltetat von 1879/80 hat die Rechnungs-Kommission vorgeschlagen, gewisse Staatsüberschreitungen und außerordentliche Ausgaben, ebenso den Rabelvertrag der Post- und Telegraphenverwaltung mit Dr. Bajard nachträglich zu genehmigen, und die Entlastung des Reichskanzlers in Bezug auf diese Rechnungen auszusprechen, sowie den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches dem Reichstage demnächst vorzulegen.

Unter den nachträglich genehmigten Ausgaben befinden sich mehrere Ausgaben der preussischen Militärverwaltung, die von dem preussischen Kriegsminister, und eine Ausgabe, die von dem sächsischen Kriegsminister, nachträglich durch Extrahirung königlicher Ordres justifizirt sind.

Der Abg. Meyer (Halle, dtsch.-freis.) hat beantragt, in Bezug auf diese Ausgaben den Vorbehalt auszusprechen. 1. daß der Reichskanzler nachträglich die Verantwortlichkeit für die betreffenden kaiserlichen Erlasse übernimmt, 2. daß in Bezug auf den Rabelvertrag die nachträgliche Genehmigung des Reichstages einzuholen sei.

Inzwischen haben die Abgg. Richter und Meyer (Halle) einen Antrag eingebracht, durch welchen Nr. 1 des Antrages Meyer (Halle) folgendermaßen modificirt wird: nachträglich zu genehmigen, daß bei der preussischen Militärverwaltung eine Doppelzahlung im Betrage von 193 Mark 75 Pf. und Ueberhebungen von Invalidentpensionen im Gesamtbetrage von 2735 Mark 44 Pf. und 231 Mark stattgefunden haben.

Eventualantrag im Falle der Ablehnung des obigen Antrages: „Die Entlastung des Reichskanzlers auszusprechen, unter Vorbehalt der oben erwähnten Beträge.“

Abg. Meyer (Halle): In dieser Frage, die das Haus schon wiederholt beschäftigt hat, haben wir unseren ursprünglichen Antrag ad 1 zurückgezogen, um das Streifensfeld möglichst einzugrenzen und dadurch die Einigung aller Parteien zu erzielen. Materiell sind die Beträge, um die es sich handelt, geringfügig; wir wollen die Ausgaben ja auch genehmigen; indessen müssen wir doch die Rechte des Hauses in Bezug auf die nachträgliche Dechargirung von Rechnungen wahren. Sonst würde unser ganzes Budgetrecht schließlich eine Klinge ohne Hest werden. Die Sanirung der vorliegenden Mängel erfolgt in vollem Umfange, wenn das Haus jetzt ausspricht, daß es diejenigen Posten, welche der Oberrechnungskasse moniri hat, nachträglich genehmigt. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. v. Maltzahn-Gälz (kons.): Dem Vortrager sind wohl selbst Bedenken gegen seinen ursprünglichen Antrag gekommen; sonst würde er ihn nicht zurückgezogen haben. Dieser Antrag verlangt etwas von der Reichsregierung, was sie zu thun verfassungsmäßig nicht in der Lage gewesen wäre. Auch den jetzigen Antrag Meyer bitte ich abzulehnen; der Reichstag hat keinen Grund, eine Genehmigung auszusprechen, die nicht nachgeholt ist. Die streitigen Rechtsfragen werden in dem hoffentlich bald wieder vorzulegenden Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches zu erledigen sein.

Abg. Richter: Gegen die Resolution haben wir nichts einzumenden, aber sie hat nur den Werth eines frommen Wunsches, der niemals die geringste Beachtung seitens der Regierung fand, obwohl er hier und im Landtage schon ein Duzend Mal ausgesprochen wurde. Man mag ihn wiederholen, soll aber außerdem thun, was man für Recht hält. So lange eine Materie nicht durch das Gesetz geregelt ist, ergibt sich das Recht aus der Uebung, der Praxis und der Geltendmachung der Verhältnisse. Nun macht die Regierung ihr Recht in schroffem Umfange geltend, mehr als bisher. Sie da auf den Wunsch beschränken, daß sie ein Gesetz vorlegen möge, wäre eine Schwäche und hieße in der That das Recht des Reichstages zurückstellen. Wir haben das Recht der Staatsverweigerung und an der Hand dieses Rechtes müssen wir uns so verhalten, wie es unserer Rechtsauffassung angemessen ist. Die im Augenblick sekundäre Frage, ob der Kaiser oder König von Preußen genehmigen soll, tritt für uns heute gegen eine wichtigere zurück: wir bestreiten nämlich überhaupt das Recht sowohl des Kaisers wie des Königs, eine indebitte geleistete Zahlung durch Gegenseignung zu einer gültigen zu erheben. Indem wir also heute die nachträgliche Genehmigung beantragen, erklären wir, daß sie zu einer rechtsgültigen Zahlung unerlässlich ist. In Preußen ist dasselbe der Fall, obwohl es an Verfassungen, diese Genehmigung zu umgehen, nicht gefehlt hat. Die Instruktion der Oberrechnungskammer von 1824 bestimmt im § 30 nur: „bei Rechnungsdefekten kann der Verwaltungschef einen von der Oberrechnungskammer festgestellten Rechnungsdefekt niederschlagen oder dessen Einziehung verzögern.“ Nun will sie ihn hier offenbar nicht niederschlagen; ob dies aus dem formellen Grunde, daß die Gegenseignung des Kanzlers nicht erfolgt ist, sondern nur die des Kriegsministers, oder aus einem andern Grunde, das ist bei der knappen Sprache der Veranlassungen des Rechnungshofes nicht ersichtlich. Die Sache kann also nur durch Genehmigung unsererseits geschlichtet werden, wie es schon bei Staatsüberschreitungen geschehen muß, geschweige denn hier, wo keine Verwendung im öffentlichen Interesse, sondern eine überhaupt nicht gerechtfertigte Zahlung stattgefunden hat, hinsichtlich deren eine Privatperson erspätigt ist. Der Kriegsminister vermochte sich nur auf das Begnadigungsrecht der Krone zu beziehen, von dem es in der preussischen Verfassung ganz einfach heißt: Der König hat das Recht zu begnadigen und die Strafe zu mildern. Daraus ist doch aber unmöglich das Recht zu folgern, Ersatzforderungen niederzuschlagen in Folge unrechtmäßig erhobener Gelder, wie der Kriegsminister behauptet, wenn er sagt, daß der Kaiser, der einen zum Tode verurtheilten Offizier begnadigen darf, ihm doch auch nachlassen kann, gewisse Zahlungen zu leisten. In diesem Falle sprechen wir die Genehmigung aus materiellen Gründen aus, ohne die wir das Recht hätten, sie zu verweigern. Die betreffenden Personen sind in ähnlichen Verhältnissen, verzogen, ausgewandert u. s. w., kurz: es ist billig, von der Einziehung des Geldes abzusehen. Herr v. Maltzahn fragt, wie wir dazu kommen, eine Genehmigung zu ertheilen, die nicht nachgeholt worden ist? Aber man versüßt zur leichteren Eileidigung der Geschäfte nicht selten auf eine förmliche Vorlage und bringt dafür seine Rechtsauffassung, um deren Herausbildung im Reichstage es sich handelt, unmittelbar zum Ausdruck, ebenso wie wir bei dem Anleihegesetz „Annehmlichkeit“ ertheilen, obwohl die Regierung nur nachträgliche Genehmigung nachgeholt hatte. Daß sie bona fide gehandelt hat, bestreite ich nicht. Sie hat schon oft so gehandelt, ohne auf Beanstandung zu stoßen. Aber das ist bei diesen Rechtsverhältnissen der Fall. Ein Reichstag kann nicht immer eine Rechnung in allen ihren Theilen prüfen, Originalrechnungen

bekommen wir überhaupt nicht, sondern wir sind nur auf die Noten des Rechnungshofes angewiesen, die in diesem Falle lautet: „Nur vom Kriegsminister gegengezeichnet.“ Erst im Laufe der Verhandlung und durch die geradezu provisorische vom Kriegsminister angerufene Analogie mit dem Rechte des Kaisers, einen zum Tode verurtheilten Offizier zu begnadigen, wurde uns die Bedeutung der Frage in ihrem ganzen Umfange klar, und wenn wir jetzt die nachträgliche Genehmigung des Postens ansprechen, so thun wir, was billig ist, und wollen zugleich unser Recht.

Bundeskommissar Generalleutnant v. Hänisch: Die Auffassung des Abg. Richter vom Begnadigungsrecht der Krone muß ich zurückweisen. Historisch ist die Krone Inhaberin aller Gnadenrechte. Sie übt dieselben auf den verschiedensten Gebieten aus, und weder durch die Verfassung noch durch eine andere Rechtsnorm ist hieran irgend etwas geändert. Als im Jahre 1879 der Gesetzentwurf über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben hier verhandelt wurde, sagte auch der Referent Abg. Gasler ausdrücklich: „Ich nehme keinen Anstoß zu erklären, daß das materielle Gnadenrecht der Krone in diesem Gesetz nicht behandelt ist oder irgend eine Änderung dadurch erfährt.“ Uebereinstimmend erklärte der damalige Finanzminister Camphausen, daß die materiellen Begnadigungsrechte der Krone durch jenes Gesetz nicht berührt werden sollen. Die Regierung hält deshalb gegenüber den Neuerungen der Abg. Meyer und Richter vollständig an ihrer früheren Auffassung der Reichsfrage fest.

Geh. Ober-Regierungsrath Schulz führt aus, daß durch den Antrag Richter-Meyer ein von der bisher bereits festgesetzter Praxis völlig abweichender Rechtszustand geschaffen werde, der staatsrechtlich unzulässig sei. (Der Bundeskommissar verliest die bezüglichen Gesetzesstellen.)

Abg. Meyer (Halle): Nicht weil ich meinen früheren Antrag für bedenklich hielt, wie Herr von Maltzahn sonderbar lediglich aus den von mir und dem Abg. Richter bereits dargelegten Gründen habe ich jenen Antrag zurückgezogen. In die bestimmte fixirten Gnadenrechte der Krone wollen wir nicht eingreifen; ein allgemeines Gnadenrecht dem Sinne, wie Herr v. Hänisch es meint, ist aber unkonstruierbar; namentlich giebt es kein Gnadenrecht der Krone, durch welches das Recht eines Dritten beeinträchtigt werden dürfte. Der Dritte ist aber hier der Reichstag, dessen stimmte Finanzrecht nicht beeinträchtigt werden dürfen. Der Rechnungshof, diese sachkundige und unabhängige Behörde, und selbst daran erinnert, unsere konstitutionellen Rechte wahren, so dürfen wir das keinesfalls ignorieren.

Abg. Windthorst (Zentrum) glaubt, daß es bedenklich wäre, wenn man es hier, ohne die Prinzipienfrage vorzulehren, einfach bei dem Beschlusse der Kommission bewenden lassen. Aber nachdem dies trotzdem vom Abg. Maltzahn in einer so scharfen Weise geschehen ist, so ist Reichstag die Pflicht zu konstatiren, daß über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches nur er zu entscheiden hat.

Regierungskommissar Geheimrath Achenborn: Bestehen des Norddeutschen Bundes sind Niederschlagungsordres unter Gegenzeichnung des Kriegsministers erlassen worden, vollere Kenntniß des Reichstages, der an denselben gegangen ist, weil er es vermuthlich nicht für thunlich gehalten. Er hat das Komptabilitätsgesetz aus einer heiklen Stelle einen beliebigen Punkt herauszugreifen. Ich glaube, die Zurückhaltung ist auch jetzt am Plage und es empfiehlt dem Vorschlag der Kommission beizutreten. Herr v. Maltzahn meint, daß es der Reichsregierung nicht Ernst sei um Komptabilitätsgesetz, ist unrichtig. Von der Reichsregierung wurde ein solches Gesetz 1872 und 1874 vorgelegt, es blieb damals eine Anzahl von Streiffragen offen, wurde alsdann versucht, auf dem Wege einer vertretbaren Besprechung, zu welcher auch die Abg. v. Benda, v. Maltzahn und Herr Richter hinzugezogen wurden, eine Annäherung herbeizuführen. Aber man konnte nicht über die großen Streitfragen hinwegkommen, in wie weit dem Reichstag das Recht der Mitwirkung bei Staatsüberschreitungen, die Einnahmen, beispielsweise bei der Post- und Eisenbahnverwaltung, das Recht der Mitwirkung bei Krediten, Niederschlagungsordres und bei Verfügungen Gehaltsverpauisse zugestehen sei. Ich frage zum Schluß, was hat sich geändert, daß der Reichstag in Bezug auf die Niederschlagungsordres plötzlich von der früheren Jahre abweicht? Mir scheint es, als Bestreben (links) dahin geht, die Scharfung der Gegenstände zu vermehren.

Abg. Hänel (Deutsch-freisinnig): Die erste Rechnungsmittelnverwaltung, welche im Reichstag vorgelegt ist, aus dem Jahre 1875; die heutige ist erst die vierte. Schweigen darf nicht als das Zugeständnis von dem Reichstag aufgefaßt werden; erst allmählich hat man die Schwäche erlangt, die hier vorliegen. Würde unser Schweigen als gebildet werden können, so wäre es das Beste, jede Rechnung an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen, die Befugniß zustehe müßte, Sachverständige zu verheeren, ja nicht ein Punkt übersehen würde. Aber das ist die Art, das Verhältnis zwischen Regierung und Reich zu trüben festzustellen in Bezug auf eine so umfassende Materie wie die der Staat ist. Der Regierungskommissar sagte auf eine Scharfung der Gegenstände hingearbeitet worden. Aber nicht wir, sondern der Rechnungshof, dessen Bericht wir pflichtgemäß zu beobachten haben, hat diese Angelegenheit geregelt, und wenn wir nicht mit bestimmten Forderungen hervortreten, sondern nur betonen, daß wir uns das nachträglichen Genehmigung außerordentlicher Ausgaben wahren, so können Sie eine mildere, weniger die Gegenstande aufregende Form von einer gewissenhaften Vollversammlung verlangen. Wenn ich über die Sache selbst mir Schluß auflege, so möchte ich doch noch meine abweichende Auffassung in Bezug auf zwei Punkte markiren. Nach meiner Ansicht ist sodas materiae der Art. 62 der Verfassung, die Verwaltung des Reichsheeres eine einheitliche ist das Reich. Ich lege deshalb Protest ein gegen den Vorschlag des Regierungskommissars Schulz, die innere Organisation der Reichsarmee und der Preussens zu bestimmen nach dem clausula bajovarica, die doch nur ausnahmsweise für die bairische Kontingent Geltung hat. Diese Art der Interferenz und der Handhabung der Verfassung ist in sich selbst die deutsche Heer ist ein einheitliches Heer, und wir, die diese Auffassung eintreten, verteidigen in Wahrheit das nachrichtliche Prinzip. Die Frage des Niederschlagungsordres nicht zu verwechseln mit dem Begnadigungsrecht. Alle Ursache, in der milden Form, in der das hier unser Recht bezüglich der Einnahmen und Ausgaben des Reiches zu wahren.

Regierungskommissar Geheimrath Achenborn: Die Darstellung, als ob der Reichstag bis jetzt ohne Kenntniß derartigen Vorkommnissen gewesen sei, entspricht nicht der Vorgang der Dinge im Jahre 1875. Damals handelte es sich um Ueberhebungen der Invalidentpensionen. In der Kommission wurde die Angelegenheit eingehend erörtert, sie hat nicht Anstoß an der Konstatirung der Niederschlagungsordres durch den Kriegsminister genommen, vertheilte nicht, weshalb man von der bisherigen Auffassung abweichen will. Man beschwört so nur die Gefahr, die Verwaltung nicht das gleiche Entgegenkommen zeigt. Mir steht dafür, daß sie nicht nach der Annahme (links) Anträge in Erwägung zieht, ob es nicht besser wäre, die Motive für die Kabinetsordres überhaupt nicht mehr zu theilen? (Hört! Hört! links.)

Abg. v. Benda (nat.-lib.) glaubt, daß die Führung einer Besandigung nicht erleichtert wird, wenn

Genau ist die...
wird...
so läge...
umgelehrt...
gefordert...
geschick...
nach dem...
immer noch...
Beratung...
Ordre die...
für oppon...
zu unter...
amerikan...
in der...
Jahre 18...
der dama...
muß dem...
streiten...
ein Recht...
kannst sei...
meine Fälle...
über...
Genehmig...
die sich...
Bunde a...
legen, un...
im Be...
Nachdem...
lichen Re...
Kaufmann...
Wahrung...
man auch...
einer Ge...
aus den...
ausmäßig...
so einfa...
marchirt...
mit...
Kommuniru...
von der...
haltung...
langsam...
man hat...
minister...
gerung...
Licht...
Licht...
den die...
haben, w...
eine Bet...
Wir sind...
Einigkeit...
Antrag n...
Abg...
missionat...
recht; wir...
über die...
zu stellen...
Abg...
hofes An...
migen...
eine richt...
gar nicht...
Abg...
Kommissi...
malige...
Recht der...
hat Niem...
gewiß:...
geordnete...
beiden...
Aufgabe...
Abg...
an, daß...
handelt...
fordert...
nochmals...
die Regie...
den Reich...
Abg...
Sache au...
sich gefe...
worten!...
queme...
Recht, je...
rede; un...
regierung...
motiviren...
dann wie...
wichtigen...
dem Au...
handeln...
recht zu...
des Reich...
Der...
tag ver...
von abh...
aber wir...
solche...
charge...
ung...
bedenklich

